

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohnmenspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mr., für 2 Monate 1,40 Mr., für 1 Monat 70 Pf. egl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Interesse werden die besetzte Zeitung über deren Raum mit 25 Pf., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwerter Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Interesse für die fällige Nummer fällt 9 Uhr. — Aufgegebene Interesse können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Der Schneekang in der sozialen Gesetzgebung.

* Leipzig, 7. Januar.

Kein großer Fortschritt auf sozialem Gebiet, der das Jahr 1901 charakterisierte würde! So manche kleine Arbeit wurde geleistet, so manches geschah zum Ausbau der sozialen Verwaltung, aber so viele Hoffnungen wurden enttäuscht, seit langem Erstrebtes blieb unerfüllt. Am meisten gilt dies vom deutschen Reich! Das Reichsamt von Bundesratsverordnungen wurde ein bisschen erweitert, und neben dem Bundesrat haben einzelne Regierungen Verordnungen auf sozialem Gebiet erlassen, auf dem Wege der Gesetzgebung ist, abgesehen von dem Gewerbegechtsgekte, das der Initiative der Sozialdemokratie und des Centrums entsprang, nichts auf diesem Gebiet der Erwähnung Wertes geschaffen worden. Am 1. Oktober sollte eine Bundesratsverordnung zum Schutz der Gastwirteleben in Kraft treten, selbst diese Versprechen des 15stündigen Maximalarbeitsstages ist nicht erfüllt worden. Die Notwendigkeit einer Veränderung der Verordnung zur Verhütung der Mälzbrandvergütungen ist nun nicht nur durch sozialdemokratische Reden und Petitionen, sondern auch durch neue Todesfälle am Mälzbrand erwiesen. Trotzdem hat der Bundesrat eine Verstärkung seiner Verordnung noch immer nicht für erforderlich gehalten.

Wichtigstes wurde davon gesprochen, daß die Reichskommission für Arbeiterstatistik, die mehr im Handbuch für das deutsche Reich als in Wirklichkeit existiert, umgestaltet werden soll. Wieder wurde einmal die Kochspeise aufgestellt, doch wir wie Österreich, Frankreich, Belgien, England, die Vereinigten Staaten von Amerika und bald auch Italien ein arbeitsstatistisches Reichsamt erhalten sollen. Aber obgleich dasselbe im Jahre nicht mehr lohnen dürfte, als eine Artillerieeinheit eines unserer Panzerfahrzeuge, so hat der sonst so wenig in den Vordergrund tretende Staatssekretär für das Reichsbauministerium erklärt, daß der Stand unserer Reichsfinanzen eine Ausgabe dieser Art nicht gestatte. Auf ähnlich des Todes des Herrn v. Scheel und seiner Erfüllung durch einen der Statistiken vollständig fremden Geheimrat, sprach man wieder von der Schaffung einer besonderen Abteilung des reichsstatistischen Amtes für die Arbeiterstatistik, aber auch hierüber ist es wieder still geblieben. Unsere Abgeordneten werden wohl Auffallt nehmen, sich über die sehr geheimen Pläne einer hohen Reichsregierung über die beste Methode, die Arbeiterstatistik in Deutschland einzufassen zu lassen, zu äußern. Der Reichskommission wurde der Auftrag gegeben, Erhebungen über das Fleischergewerbe und über die tägliche Arbeitszeit der Binnenwirtschaftsbetriebe vorzunehmen. Gehen die Arbeiten der Kommission weiter den habsburgerischen Gang wie in den vergangenen Jahren, so kann man bei guter optimistischer Veranlagung wohl die Hoffnung aussprechen,

dass diese Arbeiten sich im Jahre 1910 dem Abschluß nähern würden.

Während auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung und des Verordnungsrechtes des Reiches, soweit es die Sozialgesetzgebung betrifft, eine den ürgsten Scharfmacher beruhigende Stille herrschte, war die Zurückziehung des liberalen Streisposten Gesetzes, das das Reichsgericht für rechtsgültig erklärte, schmerhaft für die Scharfmacher. Dagegen waren die Proteste der Baumeister und Hausgravier gegen die Wohnungserlaufe der preußischen und bayerischen Regierung und gegen den Erlass von Bauarbeiter-Schutzbestimmungen in Bayern nicht allzu ernst zu nehmen. An dem Wohnungselend und Wohnungssjammer werden die Erlasse über die Wohnungsausstattung und über die Förderung des Baues kleiner und billiger Wohnungen kaum irgend etwas ändern. Aber es kann nicht gelungen werden, daß das Jahr 1901 in hohem Maße bemerkenswert war durch das lebhafte Interesse, das der Wohnungsfrage entgegengebracht wurde. Sozialdemokrat, Demokrat, Nationalsoziale, der Verein für Sozialpolitik, die Architekten, die Hausbesitzervereine u. a. nahmen auf Parteitagen und Generalversammlungen Stellung zu der Wohnungsfrage. Auch eine Reihe von Stadtverordnetenversammlungen zu Berlin, Leipzig, Frankfurt a. M. erörterten die Frage, wie das Erbbaurecht zu Gunsten einer Verminderung der Wohnungsnutz und des Wohnungswuchers ausgenutzt werden könnte. Besondere Erfolge sind nicht zu konstatieren. Gegenüber dem außerordentlichen Umfang der Mälzbrandvergütungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens und gegenüber der Macht der Hausgravier darf man sich von all den Maßnahmen, die auf dem Gebiete der Wohnungspolitik vorgeschlagen werden, auch für die kommenden Jahre nicht viel versprechen. In unzweideutiger Weise und wohl begründet brachte diese Auflösung zum Ausdruck der sozialdemokratischen Parteitag in Lübeck.

Das Jahr 1901 war für die Bauarbeiter von Bedeutung, weil in Bayern ihre Forderung nach Bauausföhren aus dem Arbeitsestande in einer Regierungsvorordnung berücksichtigt wurde. Aber bloß in München wurde einigermaßen im Sinne unserer Forderungen dieser Verordnung Nachdruck getragen. Bloß äußerlich geblieb dies in Nürnberg, die meisten übrigen Städte führten die Durchführung der Verordnung durch passiven Widerstand zu verhindern. Auf dem Gebiete des Verordnungswege sind noch erwähnenswert die preußischen, bayerischen und anderen Verordnungen zur Durchführung der Bestimmungen über die Stellenvermittlung; leider ist aber damit dem privaten Stellenmarkt das Lebenslicht nicht ausgelöscht worden. Außerdem ist zu erwähnen, daß für staatliche Arbeiter Lohngehälter eingeführt wurden, daß eine Enquete in Angriff genommen wurde über die Verhältnisse der im Staatsdienste beschäftigten Arbeiter sowie daß vom Landtag die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß der freien politischen Meinungsfreiheit und der Koalitionsfreiheit der staatlichen Arbeiter nichts in den Weg gelegt werden dürfe. Im

Interesse der städtischen Arbeiter haben sich unsere Vertreter in den verschiedenen Stadtverordnetenversammlungen redlich bemüht. Aus Sachsen-Gotha ist zu melden, daß im Gegentag zu den Beratungen der Arbeitersekretariate in Ostbelgien und in Neustadt i. L. eine staatliche Subvention von 2000 Mr. im Jahr dem Arbeitersekretariate bewilligt wurde. Neustadt i. L. ist in die Reihe der Staaten eingetreten, die Mittel für die wöchentliche Arbeitseinspektion bewilligen.

In der Richtung zur internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung ist das Zustandekommen des internationalen Arbeitsamtes in Basel zu erwähnen, das sich aber als eine, wenn auch von mehreren Regierungen unterstützte, private Schöpfung darstellt. In denstreiten der italienischen und österreichisch-ungarischen Regierung soll man nicht abgelenkt sein, die Frage eines internationalen staatlichen Arbeitsamtes wieder zum Gegenstand der Erörterungen der Diplomaten zu machen.

Abgesehen von einigen kleinen Fortschritten auf dem Gebiete der tauntonalen Arbeiterschutzgesetzgebung ist aus der Schweiz nur eine weitgehende Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes bemerkenswert. Und zwar weniger deshalb, weil 32 neue Bernie der Haftpflicht unterworfen wurden, als weil die Haftpflicht nicht nur auf den Kreis der Unfälle beschränkt blieb, sondern auch auf die Verunsichertheiten ausgedehnt wurde, eine Forderung, die wie in Ansicht aus unserer deutlichen Unfallversicherungsgesetzgebung noch immer nicht erfüllt seien. Aus Österreich ist bemerkenswert die Einführung des Neunstundentages für die Bergarbeiter, die Aussicht auf eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit der Bergarbeiter in den kommenden Jahren und die Konstatierung im Parlamente, daß die Arbeitszeit der staatlichen Bergarbeiter bloß 8 Stunden betrage. Die Bergarbeiter sind auch in anderen Ländern, die Arbeiterkategorie, die mit den sozialpolitischen Ergebnissen des vergangenen Jahres am ehesten zufrieden sein kann. Das englische Unterhaus nahm mit einer leider nicht erheblichen Mehrheit einen Gesetzesvorprojekt über den Achtstundentag der Bergarbeiter an; in Frankreich wurde der angedrohte Generalauftand der Bergarbeiter nur verhindert durch die Zustimmung der Regierung, eine Revision des Gesetzes in der Richtung einer Verkürzung der Arbeitszeit, wenn auch nicht auf 8 Stunden, und eine Revision der anderen Bestimmungen im Interesse der Bergarbeiter herbeizuführen. Der sozialdemokratische Antrag auf Einführung eines Reichsberggesetzes wurde von der Regierung eines deutschen Kleinstaates im Bundesrat wiederbot.

Aus Frankreich ist die Festlegung des schon vorher eingeführten Achtstundentages für die im Poli- und Telegraphenbeamten beschäftigten Personen und des Minimallohnes von 4 Mr. zu erwähnen. Eingebracht wurde ein Gesetzentwurf, der den Belegschaftskreis der gewerblichen Schiedsgerichte auf die laufmännischen Betriebe, dann, mit Ausdehnung der eigentlichen Beamten, auf Staats-, Kommunal- und Provinzialbetriebe ausdehnen soll. Der Streitgesetzentwurf und der Entwurf eines Altersversicherungsgesetzes

Senilleton.

Nachricht verboten.

Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wied.

Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann:

Der Hofplatz hinter Maren Thomens Haus war sechs Ellen lang und fünf Ellen breit. Auf zwei Seiten wurde er von hohen Nachbarhäusern begrenzt und auf der dritten von einem niederen Holzschnuppen mit schrägem Dach.

Dieser Schnuppen wurde zur Aufbewahrung von Feuerung benutzt. Und dann standen noch einige Packstücken darin und ein Haufen eingepackter Möbel, sowie ein Sägebalk und ein Haublock.

Die niedrige Thür stand offen, und Emanuel war eifrig mit dem Zerkleinern von Brennholz beschäftigt.

Es wurde immer heller im Hofe, je mehr die Sonne über dem großen Speicher in dem nach Osten gelegenen Nachbarhofe aufstieg.

Endlich erreichte sie den Dachfirst und schien jetzt hell und warm bis in die Ecke hinein, wo die Bumpe stand.

„Thumsen“ legte die Art auf den Block und ging in den Hintergrund des Schnappens:

„So, Mortensen,“ sagte er, „jetzt kann man endlich herauskommen und sich ein wenig sonnen!“

Und er trat unter das kleine Fenster, das ganz hinten in einer Ecke angebracht war, und hob vorzüglich etwas mit beiden Händen auf und trug es zur Thür hinaus.

Es war ein Hahn. Der älteste Hahn, der je in der Christenheit gelebt hatte.

Knobenmäger, zerzaust und jammervoll! Die Flügel ließ er schlapp an den Seiten herabhängen, und sein Schwanz bestand nur aus zwei struppigen Federn. Die Beine erschienen unnatürlich lang. Aber sie waren hinten mit mächtigen Sporen versehen, die sich rückwärts krenzten wie ein Paar Schwertklingen.

Ohne einen Ton von sich zu geben, ließ er sich über den Hofplatz und in die Ecke tragen, wo die Sonne schien.

„Hier kann Mortensen warm und gut stehen,“ sagte Thumsen und stellte das Tier, unter Beobachtung aller Vorichtsmasregeln, auf das Steinpflaster. — „Hier hat man Sommer!“

Mortensen schwankte wie bei Seegang, ehe er festen Fuß fand. Aber schließlich stand er da. Der Hals hing schlaff und beinahe kahl herab. Die Augen waren geschlossen. Er konnte den Kopf nicht in die Höhe heben; und der rumzelige, braunschwarze Rumpf fiel matt zur Seite herab. Aber an den strichnadeldünnen Beinen sahen die martialischen Sporen.

Er glich einem Schwadronchef von neunzig Jahren.

„Es geht einem wohl schlecht?“ sagte Thumsen mit unendlicher Teilnahme in der Stimme und strich dem Hahn vorsichtig über den zerzausten Rücken. „Mon ist ein Schneider geworden — — —“

Das Tier wackelte bei der Berührung seiner Hand. Die Augenlider öffneten und schlossen sich, und der Kopf nickte.

Emanuel hatte die Hände in die Hosentaschen gesteckt und stand eine Weile in tiefe Gedanken versunken da, wobei er seinen Freund anstarnte. Dann machte er rosig links fehlt und ging wieder an seine Arbeit.

„Knors“ und „Mortensen“ waren draußen auf dem Mühlenthof geboren, kurz bevor der alte Thumsen starb. Und als das Gehöft ein paar Monate später auf einer Auktion verkauft war und Maren mit ihrem Sohn in die Stadt zog, hatte Manuel die Tiere mitgenommen. Knors holte von Weiber an Knors geheissen, und Mortensen hatte seinen Namen von einem alten Müllerknabe bekommen, der noch da draußen lebte.

Manuel hatte geweint, als würde er gepeitscht, als der Wagen mit ihm aus dem Heim seiner Kindheit rollte. Und Mutter Maren hatte bleich und still an seiner Seite gesessen und ihn beschwichtigt und ihm zugesetzt. Knors hatte er auf dem Arm gehabt und Mortensen hatte in einem Deckelskorb zu seinen Füßen gesessen.

Das war nun fast fünfzehn Jahre her. Und er war damals neunzehn und war nie zwei Tage hintereinander von seinem väterlichen Hof entfernt gewesen.

Natürlich wurde er in dem Städtchen zum allgemeinen Gespött, dieser kleine, untersetzte Bauerjunge mit dem Vollmondgesicht und den kleinen, rotgeränderten Schmeissaugen. Und dann ging ja außerdem seine eine Schulter noch ein wenig, so daß der rechte Arm, wenn er über die Straße ging, bedeutend länger erschien als der linke.

„Er läuft von der Seite,“ jagte man von ihm. „Er hat nur eine Niere, so wie die Hunde!“

Zu Anfang lief nun Manuel gerade nicht sonderlich viel. Er hielt sich eingeschüchtert und ängstlich zu Hause. Und seine Gedanken umfreisten unablässig das Gehöft draußen, die Mühle und den Garten und alles, was er und die Mutter hatten verlassen müssen.

Aber dann, eines Nachts, etwa ein Jahr nach dem Umzug, hatte er einen Traum gehabt. Das heißt, er selber nannte es eine „Offenbarung“. Der Bauer war

gesches wird wegen des Widerstandes der Arbeiter, selbst der getreuesten Anhänger Millerands, so des französischen Gewerkschaftskongresses und der Pariser Arbeiterbörse, zurückgezogen werden müssen. Jedenfalls ist die Erledigung der Gesetzeswürde vor dem im Jahre 1902 stattfindenden Neuwahlen der Kammer nicht mehr zu gewährten.

In Belgien sucht man endlich einen Weg trog der durch Bestimmungen der Verfassung entgegenstehenden Schwierigkeiten, einen gefährlichen Ruhetag für die Arbeiter einzuführen.

England hat Bestimmungen zum Schutz der in Fabriken und Werkstätten beschäftigten Frauen ebenso verschlechtert wie es die Kampffähigkeit der Gewerkschaften durch eine gerichtliche Entscheidung des Oberhauses vermindert hat.

Noch vor den Neuwahlen wurde in Dänemark eine Verbesserung des Fabrikgesetzes und der Fabrikaufsicht beschlossen. Zum Teil bleiben die Bestimmungen aber noch immer hinter denen anderer Staaten zurück. Von den Bestimmungen, in denen das neue dänische Gesetz vor der deutschen Fabrikgesetzgebung einen Vorsprung hat, erwähnen wir die Einschaltung eines Arbeitsamtes mit drei Vertretern der Gewerkschaften, die damit amtlich als die Vorführer der gewerblichen Arbeiter anerkannt wurden, dann die Bestimmung eines Luftraumes von 8 Kilometer auf jeden Arbeiter in den Fabriken.

In Norwegen wurde die Arbeitszeit der Arbeiter in den Staatsbahnhöfen von 59 auf 53 Stunden und die in den Militär- und Marinewerften, bis auf Wideruf, von 53 auf 48 Stunden verkürzt.

In Italien ist sowohl von der Regierung als von den Volksvertretern die Einführung eines centralen Arbeitsbureaus und obersten Arbeitsrates beantragt worden.

Im Staate Washington ist der Achtfunderttag für alle Staatsarbeiter, auch für die sogenannten indirekten Staatsarbeiter, die Staatsarbeiten bei privaten Unternehmen versetzen, eingeführt worden.

Wir wissen nicht, ob es so bei den Leute giebt, die mit den sozialpolitischen Fortschritten des Jahres 1901 zufrieden sind. Der Arbeiterklasse gehört sicherlich niemand von diesen an, in Deutschland dürfte außer einigen Schlafbaronen die Unzufriedenheit über den Schiedsengang der Sozialpolitik vorherrschen. In den deutschen Arbeitern, an der Kräftigung ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen wird es liegen, dass endlich die dringenden Forderungen der Arbeiterklasse verwirklicht werden. Möge das Jahr 1902 uns diesem Ziele näher bringen!

Politische Übersicht.

Ein englischer Offizier über den Krieg.

Man schreibt uns aus London: Kapitän L. March Philipp, der den Krieg in Südafrika im Nintington-Corps mitmachte, beschreibt in dem jüngsten erschienenen Buche "With Nintington" seine Eindrücke. Selbstverständlich ist er von der Notwendigkeit des Krieges überzeugt; aber um so bemerkenswerter sind seine tatsächlichen Beobachtungen, wobei zu berücksichtigen ist, dass Kapitän Philipp vor Ausbruch des Krieges in Südafrika lebte. So sagt er z. B. über die "Unbilden", denen die Uitlanders ausgesetzt gewesen sein sollen: "Die große Menge der Uitlanders (d. h. die Bergleute und Arbeiter) hatten keine Beschwerden. Ich weiß, was ich sage, denn ich habe mit ihnen gelebt und gearbeitet. Ich habe dort englische Zeitungen von einer Hand zur anderen wandern und die Times-Telegramme über diese "Beschwerden" Stürme von Gelächter erzeugen gesehen. Wir lasen die Londoner Zeitungen, um zu erfahren, was unsre Freunde seien...". Der Verfasser bezeichnet die Lügen über angebliche Grausamkeiten der Uitlanders als "abstoßend". Die Politik der systematischen Verwüstung des Landes, an der er als Soldat natürlich selbst teilzunehmen hatte, schildert er in ihrer ganzen Schrecklichkeit. Er schildert seine Gefühle beim Aussuchen eines derartigen Befehls: "... Am schwersten fällt einem der erste Moment, wenn man zum Hause kommt. Die Leute dachten, wir seien um eine Erfrischung gekommen, und eine von den Frauen ging Milch zu bringen. Sie hatten mir ihnen zu sagen, wie sie gekommen, das Heilsteine niederzubrennen. Ich wußte wahnsinnig nicht, wohin meine Augen abzukehren...". Oder: "... Es ist sonderbar, wenn man so von Haus zu Haus kommt und sie

ihm erschienen und hatte zu ihm gesagt, dass der neue Besitzer bankrott machen würde und nach ihm noch zwei Besitzer, und dann würde Emanuel die ganze Herrlichkeit wieder bekommen!

In den Traum war auch etwas verirrt, dass er nicht in Erfüllung gehen würde, falls Knors und Mortensen sterben, ehe sie den Boden ihres Geburtsortes wieder betreten hätten.

Am Morgen war Emanuel mit einem großen Entschluß im Herzen erwartet. Er wollte Geld verdienen! Auf jede Art Geld verdienen; und sollte er mit dem Laternenwagen durch die Straßen der Stadt fahren!

Die Uhr war erst fünf, und es war noch ganz dunkel. Aber er hatte sein Licht angezündet, sich angekleidet und war zur Mutter Karen hineingegangen, die noch im schönsten Schlummer lag. Sie hatten jeder eine kleine Dachkammer als Schlafzimmer.

Madam Thomsen war in ihrem Bett in die Höhe gefahren und hatte den Sohn ganz verwirrt angestarrt:

"Herr du meine Güte, Manuel —!"

Manuel aber hatte sich ruhig auf den Stuhl vor ihr Bett gesetzt, das Licht in der Hand — —

"Man hat eine Offenbarung gehabt!" sagte er.

Mutter Karen fing an zu weinen:

"Herr Gott, dass es so weit mit Dir gekommen ist!"

Und dann saß der Sohn still und beherrschte an, von seinem Traumgeicht zu erzählen, und was der Vater von dem Hof gesagt habe, von den neuen Besitzern und von Knors und Mortensen.

Die Alte saß noch immer aufrecht im Bett und lauschte seiner Rede:

"Wir Menschen träumen ja so vielerlei, Manuel!"

"Ja, — aber wen hat Vater lebhaft vor Augen

alle, Frauen und Kinder, ihre Prüfungen in gleicher Ge- fügung hinnehmen sieht. Männer und Söhne kämpfen in Bergen, im Thale gehen die Häuser in Flammen auf... sie aber sitzen und sehen alles, fast immer mit derselben Tapferkeit, derselben Geduld, derselben Entschlossenheit. Ich bin bewegt; denn nie zuvor habe ich dergleichen gesehen... Die Uitren haben nur einer langsam, unerbittlichen, methodischen Verwüstung ihres Landes, ein Teil nach dem anderen, zuzusehen. Tag für Tag sehten sie, und sie fallen, der Sohn an des Vaters Seite, Bruder bei Bruder, Freund bei Freund. Aus der Niederung steigt Rauch auf — ein Heim ist verschwunden. Alles, was das Leben lebenswert macht, geht; und dann das Leben selbst. Es ist eine lange, langsame Folter, Ugone und blutiger Schweiß... Und, meint der Kapitän: "Solche Männer kann man nicht zur Ergebung foltern oder terrorisieren."

Dentes Reich.

Moderne Protestantismus.

Zu der alten Reichsstadt Worms steht das Lutherdenkmal zum ewigen Andenken daran, dass es in der ganzen deutschen Geschichte einen Moment gegeben, wo ein deutscher Mann seine eigene Herzbindung gegenüber von Kaiser und Reich und allen Fürsten und Reichsständen aufrecht zu halten sich unterfangen hat. Von diesem Ruhme zeugen die Wormser Bürger noch heute, obwohl sie von dem Bekennerkultus gänzlich frei waren und die Kurpfälzer im Laufe der Jahrhunderte als treue Landesbürger ihrer Kurfürsten ihren Glauben wohl ein halb Dutzend Mal gewechselt haben, je nachdem dies die "Staatsräson" der Kurpfälzischen Despoten zu verlangen schien, mit ihren Landesvätern bald vom Katholizismus zum reformierten Bekenntnis übertraten, bald wieder auch umgekehrt. Diese enorme Beweglichkeit der alten Pfälzer in Glaubenssachen hat die Wormser Protestanten nunmehr befähigt, als erste auf den Plan zu erscheinen und dem Rufe des Kaisers nach Einigung der protestantischen Kirchen ein Echo zu geben. Der Centralkirchenvorstand der Stadt Worms hat jetzt in byzantinischen Telegrammfällen zur "Aufrichtung einer deutschen Nationalkirche und zur Vollendung des in Deutschland geborenen Reformationswerkes" aufgerufen. Einst mochte sich ein Protestant ein Gewissen daraus, nicht zu widersetzen, selbst wenn ein Kaiser mit Acht und Vom drohte. Heute finden die Protestanten eine Ehre darin, wenn der Kaiser in Glaubenssachen spricht, allzuunterhängt "zu Befehl!" zu schmaren. Das Lutherdenkmal in Worms wird bald reif sein für die Berliner Siegesallee.

Aus dem Leben des ersten Standes.

Man schreibt uns aus Flensburg vom 4. Januar: Unter dem Vorsitz des Oberstleutnant von Henning verhandelte das Kriegsgericht der 18. Division gegen den Lieutenant Erich von Hollmann. Der Angeklagte, ein Sohn des früheren Staatssekretärs, Admiral v. Hollmann, ist des schweren Haussiedensbruchs mit Gebrauch der Waffe, der Drohung mit einem Verbrechen, des Gebrauchs der Waffe gegenüber einem Menschen und der rechtswidrigen Erteilung von Kommandos angeklagt. Der Auflage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: Am Abend des 24. November war der bei dem Infanterie-Regiment Nr. 86 dienende Angeklagte in einem hiesigen Café, wo er sich dem Grogemach hingab. Stark angetrunken begab er sich nach der Wachtstube der Kaserne und verlangte dort einen der Soldaten zu seinem persönlichen Schutz. Nach anfänglicher Weigerung gab ihm schließlich der wachhabende Unteroffizier den Füssler Böller mit. Mit diesem begab sich nun v. Hollmann gegen Mitternacht in das Haus Schloßstraße 10. In der ersten Etage dieses Hauses wohnt eine Witwe Andreßen und ein Ehepaar Ewers. In stürmischer Art und Weise riss nun der Lieutenant nach einem Herrn Carstens, den er unbedingt treffen müsse, da er ihn durchstechen, oder ihm den Bauch aufschlitzen wolle. Bitternd erklärte die Witwe, ein Carstens wohne in diesem Hause nicht. Nun postierte und standierte der Betrunke an der Thür des Cheppars Ewers, den gezogenen Degen in der Faust haltend und schrie, der Mann müsse heraus, er wolle ihn fordern, ihn durchbohren. Die Witwe schrie aus dem Fenster um Hilfe. Inzwischen holte Ewers eine Patrouille aus der Kaserne. Dieser befahl jedoch von Hollmann, umzukehren und stürmte er auf Ewers los, mit den Worten: "Ich steche Dich tot, ich will Blut sehen!" Er griff nach dem Degen, wurde aber durch einen Nachwachbeamten am Arme festgehalten. Während dieser Auseinander hatte der Lieutenant das Haus verlassen und lobierte nun an der inzwischen verschlossenen Haustür. Gegen 1½ Uhr ging er

gesehen, Mutter Karen! Er stand unten am Fußende des Bettes. Und man hörte ihn die Thür schlüpfen, als er ging!"

Madam Thomsen schüttelte den Kopf:

"Ja, aber das Geld, das Geld!" sagte sie. — "Woher soll denn das kommen?"

"Man wird es erfahren!" nickte der Sohn feierlich,

— "wenn Vater wieder kommt!"

"Sah er das denn, Manuel?"

"Das hat er gesagt!"

"Und Du glaubst, — dass es möglich ist?"

"Man hat ihn ja gesehen!" sagte Manuel mit fanatisch blickenden Augen. — "Man hat ihn ja gesehen, so deutlich wie man Dich sieht!"

Die Alte schwieg. Sie wagte nicht mehr, dem Jungen zu widersprechen. Er sah so sonderbar wirr aus, fand sie, in dieser nächtlichen Dunkelheit.

Am selben Tage sollte im Saal des Hotels Auktion abgehalten werden. Die Thomsonschen Möbel standen dort zwischen einem Haufen anderer Sachen. Und sie glänzten förmlich zwischen all dem anderen alten Gekrüppel, denn es waren gute, solide Mahagonimöbel. Man hatte Madam Thomsen geraten, sie mit in die Stadt zu nehmen, da man dort voraussichtlich mehr dafür bekommen würde, als von den Bauern auf dem Lande. Leider ein Jahr hatten sie in dem kleinen Hause gestanden und alle Ecken und Winkel gefüllt. Sie konnten es nicht übers Herz bringen, sich davon zu trennen. Aber nun heute um zehn Uhr sollten sie verkaufen werden.

Über sobald es hell wurde, ging Emanuel nach dem Auktionslokal und holte die Möbel wieder zurück. Man habe sich besonnen, sagte er, sie müssten bis zu einem anderen Mal warten.

weiter, hinter ihm eine Anzahl Neugieriger. Manches Ultor fiel aus der Menge. Am Norderthor angelangt, begegnete man der Postenablösung des Divisionsgenerals. Diesen Soldaten kommandierte der Lieutenant "Posten holt! Gewehr ab! Seitengewehr aufgepflanzt!" Nun drehte er sich gegen die Volksmasse und rief: "Nun gibst es Peitschen, nun will ich Blut sehen!" Er stützte sich mit gezogenem Degen auf den Eisenbahn Michaeli. Wier bis fünfmal stach er nach diesem Michaeli. Michaeli erklärte heute als Zeuge, diese Sache mehr für eine unschöne Spielerei. Als er sich aber umdrehte und fortließ, rast der Lieutenant hinter ihm her und stach ihn durch den Rock, glücklicherweise aber ohne ihn zu verletzen. Endlich glückte es einem Ingenieur den Rädern zu beruhigen und ihn nach der Kaserne zu geleiten. Gegen 3 Uhr morgens erreichte die Sache erst ihr Ende.

Carstens, auf den es v. Hollmann abgesehen hatte, war ein früherer Füsilier seiner Compagnie. Er hatte einmal die Bestrafung eines Sergeanten wegen Soldatenmisshandlung verursacht. Später hatte er unter schlechter Behandlung seitens seiner Vorgesetzten zu leiden. Carstens erklärte unter Eid, dass er besonders von Herrn v. Hollmann schlecht behandelt worden sei. In seinem Civilverhältnis sei er verschiedentlich mit dem Lieutenant zusammengetroffen und habe ihn entsprechend behandelt. So hatte v. Hollmann bereits im Jahre 1895 in einem Restaurant den Degen gegen Carstens gezogen. Damals hinderten ihn aber zwei andere Offiziere an dem Anstreichen. Am 24. November hat Carstens den Lieutenant überhaupt nicht getroffen. Der Direktor der Landesstrenaanstalt in Schleswig, Sanitätsrat Dr. Hansen, bezeichnete den damaligen Zustand des Lieutenant als einen pathologischen (krankhaften) Rauschzustand, verursacht durch den "Alkoholgenuss einer leicht erregbaren Natur". Die Berechnungsfähigkeit sei indes nicht ausgeschlossen gewesen. Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Hierholzer, beantragte eine Gesamtstrafe von zwei Monaten und zwei Wochen Gefängnis nebst zwei Monaten Festungshaft. Das Kriegsgericht erkennt auf einen Monat und drei Tage Gefängnis sowie sechs Wochen und einen Tag Festung, v. Hollmann gab noch keine bestimmte Erklärung ab, ob er sich bei diesem Urteil beruhigen wolle. Möglich auch, dass er das Urteil zu hart findet!

* Berlin, 7. Januar. Als "erfunden und erlogen" hat die Norddeutsche Allgemeine den Bericht über die Potsdamer Duellrede des Kaisers bezeichnet. Die Welt am Montag ist nun in der Lage mitzuteilen, dass der Gewährsmann der Potsdamer Zeitung, die den Bericht über diese Rede brachte, ein höherer Beamter war, dessen Sohn Referatsleutnant beim 1. Garderegiment z. F. ist. Man sei übrigens in Potsdam davon überzeugt, dass der Kaiser wenigstens eine ähnlich launige Ansprache über die Duellfrage gehalten habe, wenn auch in Bezug auf das von der Potsdamer Zeitung angegebene Vorwerk dem Worte einiges Unzutreffende möge gemeldet werden.

Gegen die Pole geht mit Vollmundig der neue Kurs. Wie die Nationalzeitung hört, wird der preußische Staatskanzler nicht unerhebliche Summen für die Zwecke der Ansiedlungskommissionen einstellen. Ist das die von der Kölnischen Zeitung angekündigte neue Maßregel gegen die "Volksgefahr"? Man kennt die Erfolge!

Die Intimität der höfischen Beziehungen zwischen London und Berlin scheint die Reichsregierung als nicht ganz zeitgemäß zu empfinden. Man kann sich wenigstens eine Notiz der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung kaum anders erklären, in der die Behauptung englischer Blätter, der bevorstehende Besuch des englischen Thronfolgers in Berlin erfolge über besondere dringende Einladung, bestreitet wird. Der Besuch sei vielmehr von Edward VII. angeregt und in Berlin "gern willkommen geheißen".

Höflichkeit oder Meinungsänderung? Wilhelm II. sandte anlässlich seiner Ernennung zum Ehrenmitglied der Akademie der schönen Künste zu San Luca dem Direktor der Akademie ein Telegramm, in dem es heißt, er freue sich, dieselben für künstlerische Ideale, wie die ehrenwürdige Akademie zu haben, die alt an Jahren und doch in künstlerischer Begeisterung noch immer jung sei. Er schäfe sich glücklich, ihr Ehrenmitglied zu sein.

Am 19. Dezember hat Wilhelm II. bekanntlich in seiner Siegesrede erklärt, dass das deutsche Volk der einzige besessene Hüter künstlerischer Ideale sei.

Als Agrarprofessor wird Dr. A. Kohle von der Akademie für Sozialwissenschaften in Frankfurt a. M., der auch in Leipzig von seiner Tätigkeit an der hiesigen Universität her bekannt ist,

Die Stadt lachte, war belustigt und wütend zugleich. Und bei dieser Gelegenheit hatte Emanuel den Beinamen "Thummelum" erhalten.

Aber ein paar Stunden später waren die Möbel wieder nach Hause gefahren und auf dem Boden und in dem Schuppen auf dem Hof verstaut, so gut es gehen wollte.

Madam Thomsen schüttelte ihren weißen Kopf wieder und wieder. Aber sie empfand eine mystische Angst vor der Nacht. Und dann war ja Manuel doch schließlich ein Mann, und sie war nun einmal daran gewöhnt, die Männer als die Klügsten zu betrachten.

Dann wurde der Laden eingerichtet.

"Vater hat es gesagt," äußerte Emanuel, und da wagte Karen nicht, Einwand zu erheben.

"Er ist also wieder bei Dir gewesen?" fragte Karen.

"Ja, Mutter Karen!"

"Und Du hast wieder mit ihm gesprochen?"

"Ja, über Nacht." — — —

(Fortsetzung folgt.)

Humoristisches.

Ein praktischer Spiritist. Ein Spiritistenclub veranstaltet zu Propagandazwecken eine öffentliche Versammlung, die in rechter Weise verläuft. Man hört einen gebiegenen Vortrag, in dem besonders die wissenschaftlichen Grundlagen des Spiritualismus behandelt werden; sodann folgt die Demonstration einer Entstörung u. a. m. Zuletzt werden Fragen verlesen und beantwortet, die einem während der Veranstaltung zur Verfolgung des Publikums gestellten Briefschreiben entnommen sind.

Die eingelaufenen Fragen verraten zur Freude des Referenten reges Interesse, zum Teil sogar tieferes Verständnis der Zuhörer und werden mit gründlichem Ernst behandelt. Endlich gelangt der letzte Beitrag zur Verleitung:

"Ich muss am nächsten Freitag umziehen. Wie kann ich mein verstorbener Verwandten und Bekannten veranlassen, mir beim Umzug behilflich zu sein?" (Simplicissimus.)

lebhaft gewiesen. Professor Pohle hat nämlich ein Buch erscheinen lassen, in dem er Zölle auf Roggen und Weizen in der Höhe von 5—8 M. für notwendig erklärt. Herr Pohle beschäftigt sich in seinem Buche auch eingehend mit der nationalsozialen Richtung, was die Deutsche Tagesszeitung darauf zurückführt, daß „er selbst in anderer Beziehung den nationalsozialen Gedankenskreisen nicht fern gestanden hat“. Herr Dr. Pohle hat sich also mit anerkennenswerter Gewandtheit nach rechts durchgemausert.

Eine Professoren-demonstration für Althoff. Ein mit vielen Pomp angekündigtes Festessen für den Ministerialdirektor Dr. Althoff fand Montag abend im Hause Professor Schmollers in Berlin statt. Außer den Genannten hatten folgende Herren Professoren durch ihre Anwesenheit ihre Polizeifreimutheit dokumentiert: v. Bezold, v. Delbrück, Diels, Dilthey, Fijischer, Garnatz, v. Kekule, Lenzen, v. Martius, Planck, v. Richthofen, Ed. Schmidt, Sering, Stumpf, Waldeyer, Warburg, Weiß, v. Williamson und Wolfflin. Professor Schmoller feierte in längerer Rede Dr. Althoff: er sei freilich nicht bei allen Professoren beliebt, aber das sei bei seiner Stellung auch nicht gut möglich. Die, welche ihn genauer kannten, würften seine Verdienste um die Wissenschaft und die preußischen Universitäten zu würdigen; er habe ohne jedes Vorurteil mit innern Verständnis, mit großem und weitem Blick den Fortschritten des wissenschaftlichen Lebens die Bahn bereitet. Nachdem Ministerialdirektor Althoff gedankt hatte, wies Professor Diels die verlebenden Angriffe des Professors Michaelis auf die Akademie zurück, welche Herrn Althoff einstimmig zum Mitglied gewählt habe, und erklärte, daß ohne die Initiative Herrn Althoffs die Verbindung der Akademien Europas nicht zu stande gekommen wäre; Professor v. Bezold feierte endlich Herrn Althoff als den Förderer der großen naturwissenschaftlichen Anstalten Potsdams und Berlins.

Dass Herr Althoff „nicht die schlechteste Frucht“ sei und seine Nögler Wespen wären, hat man ja schon früher von anderer Seite gehört.

Ein Hunnenoffizier unter dem Schutze der Vorsehung. Zu der Nachricht, daß dem Hauptmann Freiherrn v. Feilitzsch, der in Ostasien wegen vorschriftswidriger Behandlung von Untergebenen bestraft wurde, der Wiedereintritt in die bayerische Armee verwehrt worden sei, wird der bayerisch-österreichische Augsburger Abendzeitung aus München geschrieben, daß Freiherr v. Feilitzsch nach seinem Uebertritt in das ostasiatische Expeditionscorps der Strafgewalt des bayerischen Kriegsministeriums ein für allemal entzückt war, denn die ostasiatischen Truppen seien Reichstruppen und dem preußischen Kriegsministerium unterstellt gewesen. Freiherr v. Feilitzsch ging, wie das Augsburger Blatt schreibt, in Ostasien die bayerische Militäverwaltung nichts mehr an. Zum Wiedereintritt in die bayerische Armee habe er sich nicht gemeldet, habe also auch nicht abgewiesen werden können. Darüber allerdings besteht nicht der geringste Zweifel, daß ihm der Rücktritt in die bayerische Armee, wenn er darum nachgesucht hätte, verweigert worden wäre. Dass Freiherr v. Feilitzsch in einen preußischen Truppenteil eingestellt wurde, habe auch in bayerischen militärischen Kreisen einiges Aufsehen, ja Bewunderung erregt, weil in Berlin sehr wohl bekannt war, wie man in München über die Verschlemungen des Barons Feilitzsch dachte. In der Augsburger Abendzeitung wird angedeutet, daß das preußische Kriegsministerium in dieser Frage nur einem von höherer Stelle geäußerten Wunsche nachgekommen ist.

o. Die Zwangsgermanisierung der Polen glaubte die Polizei besser betreiben zu können, wenn sie den Polen das Sprechen ihrer Muttersprache in ihren Versammlungen verbietet. Das scheint doch noch nicht genug gezogen zu haben. Im Ruhrgebiet ist jetzt offen polnischen Vereinen behördlich mitgeteilt worden, daß ihre Versammlungen sofort aufgelöst würden, wenn nicht deutsch gesprochen wird. Man scheint den Polen aber auch alle sonstigen deutschen Polizei-praktiken zeigen zu wollen, die man sonst nur gegen uns anwendet. So wurde jetzt dem Dorlmunder polnischen Handwerkerverein, der sich selbständig an der Stadtverordnetenwahl beteiligte und vom Centrum loszog, ohne Angabe von Gründen ein kleines Vereinsvergnügen verboten. Wahrscheinlich, die Polizei tut alles, um den Polen das deutsche Vaterland so sehr wie möglich zu verleidet.

Sehr hoheitsvoll behandelt die bayerische Kammer der Reichsräte die bayerische Abgeordnetenkammer und deren Beschlüsse. So beschloß der Finanzausschuss der Reichsratskammer, über den Beschluss der Kammer der Abgeordneten betreffend die Auslösung von Israeliten als richterliche Beamte zur Tagesordnung überzugehen. Ferner beschloß der Ausschuss, über die in der Kammer der Abgeordneten erfolgten Angriffe auf Reichsräte, welche Mitglied des Ausschusses der Schuckert-Gesellschaft sind, weder zu verhandeln noch Beschluss zu fassen. In letzteren Fällen dürften allerdings gewisse Rücksichten vorsichtiger Klugheit sehr stark mitgesprochen haben.

Ein öffentlicher Korb wird dem prinzessinheimschaftlichen millionenschweren Freiherrn v. Cramer-Klett nunmehr verabreicht. Die Münchener Neuesten Nachrichten melden, sie seien auf Grund ganz authentischer Informationen in der Lage, zu erklären, daß die öster verbreiteten Gerüchte von einer Verlobung der Prinzessin Clara mit dem Freiherrn v. Cramer-Klett niemals eine tatsächliche Unterlage gehabt haben.

G. Das denkbare beschämendste Zeugnis stellt die liberale Straßburger Post dem Idealismus, dem Rechtsgefühl und der opfernden Überzeugungsstärke des deutschen Professoreniums, wie überhaupt aller Angehörigen unserer sogenannten Intelligenz aus. Gegen die von der Naumannschen Zeit gebrachte Meinung, die Mehrheit der Straßburger Universitätprofessoren sei entschlossen, die weitere Errichtung katholischer Lehrstühle an ihrer Hochschule mit sofortiger Amtsniederlegung zu beantragen, führt sie u. a. den folgenden Grund ins Feld:

Der Lehrkörper der Universität Straßburg zählt weit über hundert Mitglieder, darunter an hundert ordentliche und außerordentliche Professoren, die emeritierten abgerechnet. Die Zeit behauptet, die große Mehrzahl davon, also etwa siebzig bis achtzig, werde bei weiterem Einschub streiken. Hat sich das Blatt denn nicht klar gemacht, daß das einfach eine wirtschaftliche Unmöglichkeit sein würde? Man nehme hundert Offiziere, Beamte, Rechtsanwälte, Aerzte, Kaufleute, was man will. Niemals werden von diesen hundert siebzig, ja auch nicht einmal zwanzig oder dreißig in der wirtschaftlichen Lage sein, daß sie einfach auf ihre Art oder ihre Stellung verzichten können. Bei den Professoren ist es nicht anders. Alles in allem genommen: Die Nachricht der Zeit ist ein „schlechter Witz“, nichts weiter.

Auf gut deutsch will das Straßburger Blatt also sagen, die deutsche „Intelligenz“ lasse sich von oben herab alles bieten, stelle jedoch Demütigung ruhig ein, nur um nicht materiell geschädigt zu werden. Wie hoch erhaben über dieser Selbst-einschätzung der moralischen Qualitäten unserer Bourgeoisie steht die deutsche Arbeiterschaft da, die in tausenden von praktischen Fällen schon den Beweis dafür erbracht hat, daß ihr kein materielles Opfer zu groß ist, wenn es gilt, einen Angriff auf Recht oder Ehre eines einzelnen oder der ganzen Klasse abzuwehren!

Für die Reichstagswahl im Siegkreis, die am 9. Januar stattfindet, hat die Centrumspartei an Stelle des Abgeordneten Dr. Lingens den Landtagsabgeordneten Becker in Bonn als Kandidaten aufgestellt.

ws. Krefeld, 5. Januar. Die Rheinische Volksstimme, das Organ der „christlichen Bauernvereine“, teilt mit, daß am 4. Januar 1902 eine Konferenz von rheinischen Landwirten und einigen rheinischen Abgeordneten, deren Namen sie verschweigt, in Köln stattgefunden habe. Auf der Konferenz habe man die Frage erörtert, wie in dem neuen Zolltarif die Interessen der Biehwirtschaft am besten gewahrt werden. Folgende Resolution wurde angenommen:

1. Wie die Getreidearten, so sind auch die Produkte des Fleischwirtschaftlichen Betriebes nach unten durch Minimalsätze zu binden;

2. die Zölle für die Produkte der Biehwirtschaft müssen unbedingt zu den Zöllen für Getreide in einem bestimmten Verhältnis stehen, und zwar muß sich der Durchschnittszollsatzz von Roggen, Gerste und Hafer verhalten zu dem Zollsatzz:

a) für lebende Schweine wie 1 zu 2,

b) für lebendes Rindvieh wie 1 zu 2,

c) für frisches und gefrorenes Fleisch wie 1 zu 5;

3. für die Viehhaltung sind ausschließlich Gewichtszölle festzusetzen;

4. sind einzuführen:

a) ein Milczoll von 6 M. im Minimalsatz und 8 M. im Generaltarif nebst einem entsprechenden Rahmenzoll,

b) ein Butterzoll von 85 M. im Minimalsatz und 40 M. im Generaltarif,

c) ein Käsezoll von 85 M. im Minimalsatz und 40 M. im Generaltarif;

5. im Interesse der Kleinbauern ist die Einführung eines Gemüsegossels eine dringende Notwendigkeit.

Diese Forderungen, welche der „Rheinische Bauernverein“ befürwortet, sind von dem rheinischen Centrumspartei abgelehnt worden, um die niederrheinischen Kleinbauern zu Freunden der Getreidezölle zu machen. Es ist wieder das Suchen nach der berühmten „Mittellinie“. Auf die katholischen Arbeiter scheint man keine Rücksicht nehmen zu wollen, obwohl von der niederrheinischen Centrumspresse zu geben wird, daß die Düsseldorf Gewerbegebertagswahl nur deshalb so möglich für die Christlichen ausgefallen ist, weil diese Wahl im Zeichen des Brotnuchers stand.

H München, 5. Januar. Die oberste Postbehörde hat, wie der Münchener Post geschrieben wird, an das Personal sämtlicher Postanstalten einen gehärmten Erlass wegen der hohen Stellvertretungskosten ergehen lassen. Diese werden hauptsächlich dadurch zurückgeführt, daß vielfach Anträge aus Gang zur Bequemlichkeit oder aus zu wenig Pflichttreue entstehen; auch würden viele Krankheitsscheinungen durch unzweckmäßige Lebensweise begünstigt! Mit diesem Erlass hat der Verkehrsminister eine Anregung befolgt, die ihm bei Behandlung des Postels im Finanzausschuss der Abgeordnetenkammer der ultramontane Führer Dr. v. Daller gab. Dieser meinte nämlich, als über die große Nervosität der Postbeamten geglöscht wurde, die Deutschen sollten nur weniger Bier trinken und mehr schlafen, dann werde die Nervosität schon vergehen. Indem nun der Minister diesen Rat zu dem mitgeleisteten Erlass verordnete, beginnt er eine ganz niedrige Bosheit gegen die heimlich von ihm gehafteten Ultramontanen. Denn selbstverständlich machen die betroffenen Beamten dafür nur das Centrum und seinen Führer verantwortlich. Unter diesen Umständen wird natürlich Daller auch sehr wenig Glauben finden, wenn er erklärt, er habe nur ganz allgemein über Nervosität gesprochen.

(*) Stuttgart, 6. Januar. Die im Dezember stattgefundene Gemeinderatswahl in Württemberg haben mit einem anschaulichen Erfolg für unsere Partei abgeschlossen. Trotzdem das Gemeinderatswahlrecht in Württemberg allgemein, gleich und geheim ist — unter Beschränkung aber auf die Gemeindebürgerei — war die Zahl der unserer Partei angehörenden Gemeindevertreter nur klein. Das hat seinen Grund in dem fürs ganze Land geltenden Wissenswahlsystem, das es den bürgerlichen Parteien sehr erleichtert, sich zu koalieren. Wir müßten deshalb, wenn wir aus eigener Kraft Gemeindemandate erobern wollen, in der Regel die absolute Mehrheit der Gemeindebürgers (nicht der Landtags- oder Reichstagwahl!) hinter uns haben. Sind wir auch in einer Reihe fortgeschrittenen Industriestädte nahe an diesem Ziel, so haben wir es doch nirgends ganz erreicht. Die Gemeindevertreter unserer Partei verdanken fast ohne Ausnahme ihre Wahl einem von einer bürgerlichen Gruppe, meistens der Volkspartei, gelieerten Stimmenzuschuß. Die Zahl der auf diese Weise zum Siege gelangten Genossen hat sich von Jahr zu Jahr vermehrt. Diesmal wurden in 22 Gemeinden 26 Genossen in den Gemeinderat gewählt, wovon 22 reiner Gewinn sind, denn unter den aus dem Kollegium ausgeschiedenen (vor 6 Jahren gewählten) Vertretern befanden sich im ganzen nur 4 Mitglieder unserer Partei. Die nennenswertesten Erfolge sind die in Stuttgart, wo Genosse Dietrich wieder, die Genossen Spork und Würz neu gewählt wurden, in Heilbronn, wo der vor 2 Jahren in der Würde gebliebene frühere Gemeinderat Kitterer wieder gewählt wurde, in Esslingen, wo das seitliche Mandat des Genossen Dietrich wieder bestätigt wurde und Gundl, wo Genosse Klaus trost heftigster Gegenanstrengungen des Centrums auf dem Rathaus verbleibt. Weit größer aber als die Zahl der unserer Partei angehörenden neu gewählten Gemeinderäte ist die Zahl derjenigen, die, ohne Parteimitglieder zu sein, ihre Wahl nur der Unterstützung der Sozialdemokratie zu verdanken haben. Auf diese Weise ist die Wiederwahl zahlreicher brutaler Interessenpolitiker vereitelt worden.

kleine politische Nachrichten. Wie die Redaktion der Welt am Montag hört, wird in Freudenkreisen des Berliner Stadtverordneten Jacoby behauptet, daß der Schriftsteller Georg Bernhard, der seit langer Zeit seine Tätigkeit an ihrem Blatte eingesetzt hat, wegen seiner Angriffe auf Jacoby aus seiner Stellung bei der Welt am Montag entlassen worden sei. Die Redaktion stellt die Unrichtigkeit dieser Behauptung fest. Der frühere Polizeipräsident Pietri (unter Napoleon III.) ist im Alter von 84 Jahren in Sartene (Korsika) gestorben. — Der burenfreudliche Pastor Bamrock in Liverpool wurde am Sonntag auf dem Weg zur Kirche von einer schändlichen Volksmenge umringt und angegriffen. Nur seiner außerordentlichen Körperstärke wegen konnte sich Bamrock frei machen, indem er fünf seiner Angreifer niederschlug. — Die Sobranje in Sofia lehnte mit 60 gegen 67 Stimmen das vom Kabinett verlangte zweimonatige Budgetsprojekt ab. Die Sobranje wurde hierauf durch Fürstlichen Uras aufgelöst. — Der Vertreter der kolumbianischen Aufständischen in New York erhielt ein Telegramm, wonach General Uribe-Urib mit 2000 Aufständischen von Venezuela in das Departement Santander eintrang, Bucaramanga einznahm und beabsichtigt den Versuch zu machen, Panama zu nehmen.

Oesterreich-Ungarn. Eine offizielle Antwort an die Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Wien, 5. Januar. Das offizielle Fremdenblatt führt an leitender Stelle aus: Es wäre besser gewesen, wenn im galizischen Landtag fürst Czartoryski die vor dem Eingang in die Tagesordnung von ihm abgegebene Erklärung unterlassen hätte, da diese dem Wirkungskreise des Landtages nicht gemäß war. Wenn der Vertreter der Regierung trotzdem seine Einsprache erhob, so entsprang sein Verhalten nur dem Wunsche, der Angelegenheit dadurch nicht zu einer größeren Ausdehnung zu verhelfen und dieselbe möglichst einfach und kluglos zu Ende zu führen. „Den beiden Regierungen haben wir es zu danken“ — führt das Fremdenblatt fort — „wenn das Überschäumen der Wreschener Affäre auf dem österreichischen Boden und das Auftreten desselben sowohl im österreichischen Abgeordnetenhaus wie im galizischen Landtag keinen Augenblick lang jene Beziehungen langtieren ließen, die zwischen unserer Monarchie und der deutschen verbündeten, sowie zwischen den beiderseitigen Regierungen bestehen. Man darf wohl sagen, daß die Wreschener Affäre noch rechtzeitig von jenem klaren Fahrwasser abgeleitet wurde, auf dem sich die Politik der beiden verbündeten Staaten mit voller Sicherheit bewegt.“ Der Artikel schließt: „Es ist unerlich der Beweis erbracht, daß es bei der Innigkeit der beiderseitigen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland keine Zwischenfälle geben kann, die eine Schwierigkeit bereiten können, oder deren persönliches Auftauchen zu fürchten wäre. Die stärkste Wurzel des Bundesgefühls in beiden Staaten ruht darin, daß jeder Teil in seinem Hause Herr ist.“

Das gute Fremdenblatt vergißt in seiner offiziellen Ungeschicklichkeit die Thatsache festzustellen, daß, wie die Dinge nun einmal liegen, die Polen — allerdings nur die polnischen Schläger — in Galizien die Herren im Hause sind, und daß Österreich ebenso wie jeder fremde Staat mit dieser Thatsache rechnen muß.

Eine Ausgleichsdebatte im böhmischen Landtag.

Prag, 4. Januar. In fortgesetzter Beratung des Budgetprovisoriums erklärte der tschechische Staatsräthler Vag a, eine Differenz der parlamentarischen Verhältnisse sei nur durch Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts zu erzielen. Die Forderungen der Deutschen Böhmens seien unannehbar. Kein echlicher Scheide könne einem Ausgleich zustimmen, der die Vernichtung der tschechischen Minderheiten bedeuten würde. Abgeordneter Neiniger (Wilder) erwartet von dem Ausgleichsversuch keinerlei positive Erfolge, da zwischen Deutschen und Tschechen unüberbrückbare Gegensätze beständen. Abgeordneter Brechmer erklärt, die Alldutschen lehnten jedwede Beteiligung an den Konferenzen ab, solange die deutsche Staatsprache nicht gesetzlich sicher gestellt sei. Abgeordneter Herold erklärt, die Jungtschechen wären stets für die Verständigung beider Stammes in Böhmen und würden nichts unternehmen, was auf sie das Odium werfen könnte, den Ausgleich unmöglich gemacht zu haben. Sie müßten sich dagegen verwahren, daß die Deutschen ihnen unannehbare Bedingungen für die geplante Aktion machen. Die einfachste Form zur Erlangung des nationalen Friedens besteht darin, daß man beiden Nationalitäten zugestehe, was ihnen nützt, und die Lage nicht durch Überpanntheiten, wie das Verlangen der deutschen Staatsprache, verschärfere. Die Frage habe eine bedauerliche Verschärfung durch Ausdehnung auf das kirchliche Gebiet erfahren. Die Partei des Redners habe immer die religiösen Fragen aus dem politischen Betriebe ausgeklammert. Wenn auch dieses Gebiet in den politischen Auseinandersetzungen hineingezerrt würde, vertheidige sich die Partei des Redners gegen die Folgen, die bei den nationalen katholischen Überlieferungen des böhmischen Volkes ungeahnt sein könnten. Herold erklärt schließlich, der Wunsch, der Landtag möge dem Monarchen eine Adresse überreichen, sei keine Demonstration, sondern eine politische Aktion, welche solange wiederholt werden würde, bis sie eine gerechte Würdigung finde. Hierauf sprach Abg. Schreiner, sodann Graf Franz Thun. Dieser führte aus, jeder, dem es aufrichtig um das Wohl des Landes zu thun sei, müsse streben, zu einer friedlichen Lösung zu gelangen oder wenigstens dieselbe vorzubereiten, weil durch den nationalen Streit das Land und der Staat litt. Nachdem noch die Abgeordneten Adamek und Prinz Karl Schwarzenberg gesprochen, wird das Budgetprovisorium angenommen und der Landtag vertagt.

Frankreich.

Gambetta zum Gedächtnis. Paris, 6. Januar. Bei der gestrigen Gedächtnissfeier für Gambetta hielt Kriegsminister Audis eine Rede, in der er sagte: „Die Regierung hat nicht den Weg der Kompromisse mit der reaktionären Partei eingeschlagen, welche Gambetta stets befürwortet hat. Sie hat ihre Politik nach der linken Seite hin gerichtet, wohl wissend, daß es auf dieser Seite vielleicht Ungebildige, ja sogar Unvernünftige giebt, aber daß auch hier Männer von denen laut werden, welche schwer arbeiten und leiden. Anstatt diese Leute abzuweisen, hat die Regierung vielmehr geglaubt, diese Männer, welche sich auf die Leiden und die wirklichen Schmerzen beziehen, anhören zu müssen. Sie hat eingesehen, daß zu den Worten „Freiheit“, „Gleichheit“ und „Brüderlichkeit“ zeitgemäß noch das der Gerechtigkeit hinzugefügt werden müsse. Und wenn ich auf ein Wort Dantons zurückkommen wollte, würde ich sagen, daß die Demokratie, deren Diener wir sind, die Gerechtigkeit, des weiteren Gerechtigkeit und noch einmal Gerechtigkeit will.“ Die Rede wurde sehr beifällig aufgenommen.

Italien.

Turati. Turati hat die Annahme der Wahl abgelehnt; in einem Brief an seine Wähler begründet er ausführlich diesen seinen Entschluß.

Hierzu zwei Beilagen.

Achtung! Hausfrauen! Achtung!

Um unserer Kundenschaft etwas Außergewöhnliches, aus dem Rahmen der jetzt überall stattfindenden Räumungsverkäufe hervortretendes zu bieten, sind wir bemüht gewesen, die Lagerbestände mehrerer großer Fabriken aufzukaufen, und stellen nun dieselben in Verbindung mit einem grossen Teil unseres eigenen Lagers zu thatsächlich noch nicht dagewesenen Preisen zum Verkauf.

Unter dieser Partie befinden sich:

Handtücher

in Drell, Jacquard u. Damast, Halbleinen u. Reinleinen.

Tischtücher

in jeder Größe, in Drell, Jacquard u. Damast bis zu den feinsten Geweben.

Servietten

passend zu den Tischtüchern, sowie auch einzeln.

Bett-Damaste

$\frac{9}{4}$ und $\frac{10}{4}$ breit, für Kissen und Deckbetten.

Es ist jeder Hausfrau zu empfehlen

diese günstige Gelegenheit zu benutzen und sich auf Jahre hinaus mit billiger Wäsche zu versorgen.

Keine Ansichtssendungen.

Barzahlung.

Kein Umtausch.

Steigerwald & Kaiser.

Freitag den 10. Januar abends 9 Uhr

Öffentliche Versammlung

der Sozialdemokr. Partei Leipzig-Westbezirk

im Saale des Schloß Lindenfel's, 2. Lindenau, Karl Heine-Straße (Eingang Hermannstraße).

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Julius Motteler über: Die Internationale und ihre Vorarbeit im Klassenkampf seit 1864.
2. Jahresabschölung des Vertrauensmannes.
3. Neuwahl des Vertrauensmannes sowie dessen Stellvertreters.
4. Neuwahl der Revisoren.
5. Neuwahl der 45er-Kommission.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Sachsenhof
(früher Hotel Stadt Dresden)

ist eröffnet.

Restaurant zur Nonnenmühle, Leipzig, Mühlig. 14.

Empfiehle meine freundlichen und geräumigen Lokalitäten zur geselligen Begegnung. ff. Getränke, gute Küche. Kräftigen bürgerlichen Mittagstisch sowie jeden Sonnabend Schweinstooken. Hochachtend Gustav Linzenbarch.

Gesellschaftssaal zu Vereins- und Familienfesten steht unentgeltlich zur Verfügung.

Restaurations-Uebernahme.

Einem ehrbaren Bürgertum zur geselligen Nachricht, dass ich das von Herrn Ludwig Zahn bisher geführte

Restaurant Brandvorwerkstr. 5

täglich erworben habe und bitte ich geehrte Nachbarn, Freunde und Bekannte, mich in meinem neuen Unternehmen gütig unterstehen zu wollen. Geöffnet Sonntag den 5. Januar. Alles neu renoviert. Hochachtend Paul Seifert.

Photograph
Pirkau &
Leipzig

Atelier
Gehler
Turnerstr. 11
u. Wochentags

Aufnahmest. Sonn.
von 9-5 Uhr

Südost-Bezirk.

Sonntag den 12. Januar nachmittags $\frac{1}{2}$, 3 Uhr

Öffentl. Partei-Versammlung

im Gasthause zu Thonberg.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Redakteurs Genossen Jäckh über: Aus dem Marx-Lassalle-Nachlass und der ersten Zeit der Internationale.
2. Bericht und Abrechnung des Vertrauensmannes.
3. Neuwahl desselben, dessen Stellvertreters und der Revisoren.
4. Parteangelegenheiten.

Der Einberufer.

Centralkranken- und Begräbniskasse für alle Berufe beiderlei Geschlechts (eingeschr. Hilfskasse). Sitz Leipzig.

Sonntag den 26. Januar nachm. 4 Uhr Generalversammlung im Coburger Hof, Wiednichenstr. Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstandes u. der Revisionskommission. 2. Entschädigung des Vorsitzenden u. Kassierers. 3. Statutenänderung. Der Vorstand: Otto Wolf, Vorsitzender, Albert Kirchhof, Kassierer.

Die Sächsische Central-Krankenkasse

für Männer und Frauen jeden Berufs zu Chemnitz

unter Staats-Oberaufsicht

nimmt gesunde Personen im Alter von 14—55 Jahren ohne ärztliche Untersuchung auf und gewährt in Krankheitsfällen, bei freier Arztreise eine wöchentliche Unterstützung von 7—28 Mf. 15 Wochen voll und 15 Wochen lang zur Hälfte bei niedrigen Beiträgen.

Wegen Aufnahme und Auskunft wolle man sich an unseren Subdirektor Herrn Rich. Jungmann, Leipzig-Gohlis, Neuherrn Halsche Straße 9, I. wenden. — Fernsprecher Nr. 7828.

Älteren Herren kann eine Vertretung übertragen werden.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Seger in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

Volksbildungs-Verein Gohlis.

Sonnabend den 11. Januar abends 9 Uhr

General-Versammlung

im Restaurant Mönchshof, Georgstr. 21. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl desselben. 3. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt.

Hochfeine Cigarren

in allen Preislagen
Rote und Weisse Weine
Medizinische Weine, Punschessenz
Rum, Arrack, Cognac
empfiehlt

[1131]

Gustav Hoffmann

Leipzig-Anger

Zwölfnaudorfer Str. Ecke Elsterlaubstr.

Kröterich.

Man gebraucht nur Apotheker

Wagners echt russischen

Kröterich als bestbewährtes

Handmittel gegen Husten,

Heiserkeit, Hals-, Lungen- und

Luftröhreleiden. Kartons à 50 Pf.

und 1 Mf. Zu haben bei

[11819] Carl Stuck Nachf., Peterssteinweg 7

Salomonis-Apotheke, Grimm. St. 17

Damenbinden

Gummibinden für Massage, Wohn-

und Krankenpflege.

Carl Klose, Leipzig, Brühl 5.

Schnellsohlerei mit Dampfbetrieb

Münzgrasse 7. Vorblätter j.-h. 4 $\frac{1}{2}$, M

2 $\frac{1}{2}$ M. am nach Größe. Gummijüge f. D.

u. D. 1 M. Flickereien schnell, gut, billig.

PATENTE Gebrauchs-Muster

Markenschutz

Patentanwalt Ed. Breslauer, Johannisgasse 3

Mitglied des Verbandes Deutscher Patentanwälte.

1. Beilage zu Nr. 4 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, 7. Januar 1902.

Spanien.

Nurturen in Barcelona.

Barcelona, 4. Januar. Wolffs Bureau meldet offiziös: Mehrere Tausend Ausländer, Männer und Frauen, denen sich zahlreiche Dorfbewohner angeschlossen hatten, durchzogen gestern die Vorstädte San Andres, San Martin, Gracia und Badalona und bewarben die Fabriken mit Stellen, von denen viele sehr stark beschäftigt wurden. Einige Arbeiter, welche die Arbeit nicht eingestellt hatten, wurden durch Steinwürfe verletzt. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Polizei wollte die Fabriken schützen, wodurch es zu einem Zusammenschluss mit den Ausländern kam, von denen einige auf die Polizei schossen. Schließlich musste Kavallerie eingreifen. Mehrere Personen wurden verwundet. Der Generalstabschef gab den Kavallerieregimentern den Befehl, sich zur Besetzung der Straßen bereit zu halten. Die nach der Umgegend führenden Wege werden von der Polizei bewacht. Der Gouverneur untersagte alle Versammlungen; trotzdem hielten Arbeiterinnen eine Versammlung ab, in welcher sie beschlossen, die ausständigen Arbeiter zu unterstützen und in den Aufstand zu treten. Sie verlangen einen neuständigen Arbeitstag.

Anderen Tags wurden Haussuchungen und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. 49 Personen wurden unter der Anklage, die Truppen angegriffen zu haben, verhaftet und dem Militägericht überstellt. Die Polizei will in den Städten Xeres, Algar und Arcos in der Provinz Cadiz verschiedene anarchistische Verschwörungen entdeckt und mehrere wichtige Schriftsteller beschuldigt haben, die darin sollen, daß die Anarchisten die Niederbrennung verschiedener Fabriklinnen geplant hätten.

Die Ausländer im Hafen von Barcelona beschlossen am Sonntag, gleichfalls in den Aufstand zu treten; die Arbeiter sämlicher Industriezweige des Distrikts von Mursa beschlossen, die Ausständigen zu unterstützen und einen allgemeinen Aufstand einzuleiten.

Argentinien.

Erneute Kriegsnachrichten.

Buenos Aires, 4. Januar. Die Agence Havas bläst wieder in die Kriegstrompete. Sie schreibt, die argentinisch-chilenische Streitsfrage habe sich neuerdings verschärft infolge des Verhaltens der chilenischen Diplomatie während der schwedenden Verhandlungen, das man hier als illoyal betrachte. Die argentinische Regierung, die alle Mittel erschöpft habe, um auf gütlichem Wege Befriedigung ihrer Ansprüche zu erlangen, beächtigte, die Verhandlungen abzubrechen, sowie die diplomatischen Beziehungen mit Chile zu suspendieren, und habe, um für alle Eventualitäten vorzusorgen, angeordnet, daß die Flotte und das Landheer auf Kriegsfuß zu stellen sind. Ausdrücklich wird hinzugefügt, daß die Bevölkerung die Haltung der Regierung billige.

Nach den bisherigen kriegerischen Thätigkeiten der Agence Havas wird man diese Nachricht nicht allzu tragisch zu nehmen haben.

Soziale Rundschau.

Volkswirtschaftliches.

Ein bemerkenswerter Aufschwung des sächsischen Braunkohlenbergbaus ist nach dem Bericht des Jahresberichts für das Berg- und Hüttenwesen in Sachsen zu verzeichnen. Während in dem Geschäftsjahre 1900–1901 die Steinkohlenförderung in Sachsen nur um 5,6 Prozent zugenommen hat, ist die Braunkohlenproduktion um 248 161 Tonnen gestiegen, d. i. 10,2 Prozent; der Wert um 1 133 291 M., d. i. 35,7 Prozent. Der sächsische Braunkohlenbergbau hat demnach ein sehr günstiges Geschäftsjahr gehabt. In den letzten 20 Jahren haben die Abbaubetriebe des sächsischen Braunkohlenbergbaus eine beachtliche Erweiterung zu verzeichnen. Während im Jahre 1881 nur 4,1 Prozent der gesamten Produktion auf dem Schienennetz zum Verkauf gelangten, die Werke also beinahe noch ganz auf den Absatz in der nächsten Umgebung angewiesen waren, wurden im Berichtsjahr bereits 20,36 Prozent der Produktion verfrachtet. Was bisher der sächsischen Braunkohle den Wettbewerb auf dem Markt besonders erschwert hat, ist ihr hoher Wassergehalt. Schafft man aber durch einen Trocknungsprozeß das Wasser weg, so stellt auch die sächsische Braunkohle ein Brennstoffmaterial dar, welches die beste böhmische Braunkohle an Heizwert noch übertrifft und sogar mit der Steinkohle im Wettbewerb treten kann. Bekanntlich läßt sich dies durch Arretieren der Kohle am besten erreichen und dadurch ein Material herstellen,

welches sich auch zum Versand und zum Lagern vorzüglich eignet. In neuester Zeit gehen auch Eisenbahnen, Elektricitätswerke, Brauereien etc. immer mehr zu dieser Art Brennstoffmaterial über, es ist deshalb schon im Berichtsjahr der Bruttobedarf auf dem Markt außerordentlich gewachsen und es läßt sich auch für die Zukunft den brüderzeugenden Braunkohlenwerken Sachsen ein mehr und mehr steigender Absatz voraussagen. Die geschätzten Verhältnisse haben im Berichtsjahr die Unternehmungslust, besonders beim Braunkohlenbergbau, außerordentlich gesteigert. Es sind nicht weniger als 15 Bohrversuche ausgeführt worden, von denen die meisten zu günstigen Ergebnissen geführt haben; es wurden auch bereits eine Anzahl neuer kapitalträchtiger Unternehmungen ins Leben gerufen, die sich große Abbaufelder gesichert haben, so daß die nächsten Jahre im sächsischen Braunkohlenbergbau weitere Produktionssteigerungen erwarten lassen. Insbesondere sind es die bedeutenden unangeschlossenen Kohlenhöhlen des Leipziger Regierungsbezirkes, die bei den günstigen Verleihsanlagen und Abbaubetrieben jener Gegend einen gewinnbringenden Abbau versprechen. Man schätzt von sachverständiger Seite die Kohlenführenden Flächen im Bereich der Kreishauptmannschaft Leipzig auf 800 Quadratkilometer und die durchschnittliche Mächtigkeit der Kohlenablagerung auf etwa 7½ Meter, so daß die anstehende Braunkohle zu 6 Milliarden Kubikmeter sich berechnen würde, die nach Abzug der zu erwartenden Abbauverluste ein Vorrat von 50 Milliarden Hektoliter Braunkohle ergiebt. Noch deutlicher tritt der Aufschwung der Braunkohlenproduktion durch einen Überblick der Förderungsziffern aus den letzten zehn Jahren zu Tage. Die Steinkohlenförderung hat nur unvothentlich zugenommen, sie stieg von 4 388 610 Tonnen im Jahre 1881 auf 4 802 700 im Jahre 1900. Die Braunkohlenförderung dagegen betrug im Jahre 1881 861 278 Tonnen, 1900 aber 1 540 512. Sie hat sich demnach beinahe verdoppelt.

Engerer Verband der Stahlformgußwerke. Aus Essen wird unter dem 6. Januar gemeldet: In der heutigen sehr zahlreichen Versammlung von Vertretern deutscher Stahlformgußwerke wurde, wie das Centralblatt der Walzwerke erfährt, einstimmig beschlossen, einen engeren Verband zu bilden. Mit der Ausarbeitung der Satzungen wurde ein Ausschuß von 7 Werken unter Vorsitz der Firma Krupp beauftragt.

Arbeiterentlassungen. Aus Chemnitz wird uns berichtet: Wie die Chemnitzer Allgemeine Zeitung meldet, dürfte die Sächs. Maschinenfabrik vorm. Richard Hartmann in den nächsten Tagen umfangreiche Entlassungen von Arbeitern vornehmen, weil die von dem sächsischen Ministerium in Aussicht gestellten Lokomotivaufträge für die sächsischen Staatsbahnen nicht zu stande gekommen sind.

Sozialpolitisches.

j. Ueber Kinderarbeit in der Spielwaren-Industrie bringt der soeben erschienene Jahresbericht der Handels- und Gewerbeamt Sonneberg bemerkenswerte Mitteilungen. Der bekannte Vorentwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Kinderarbeit war im vergangenen Jahr auch dieser Handelskammer zur Begutachtung vorgelegt worden. Die Ermittlungen, die auf ihre Veranlassung der Kreisinspektor anstellte, ergaben, daß die Spielwarenindustrie, die in diesem Bezirk tonangebend ist, die Kinderände in einem Maße in die gewerbliche Arbeit hineinträgt, wie dies kaum in irgend welcher anderen Industrie der Fall ist. Von 12 076 Schülern des Bezirks waren 5106 gewerblich beschäftigt, also nicht viel weniger als die Hälfte. Von diesen waren 1527 über 12 Jahre alt, die anderen jünger bis herab zu 6 Jahren. Eine gewerbliche Thätigkeit vor Beginn des Unterrichts hatten nicht weniger als 1060 Kinder, d. h. 21 Proc. der gewerblich beschäftigten Kinder überhaupt. Ueber diesen Punkt wurden genauere Erfahrungen veranlaßt und es stellte sich heraus, daß an einigen Orten dieser Provinz über die Hälfte, ja sogar stellenweise bis auf 64 und 70 Proc. gestiegen ist. War ist die Thätigkeit der Kinder, mit Ausnahme des Puppenstoffes (Dosenstoffens), weder besonders anstrengend, noch gesundheitsschädlich; sie besteht zumeist im Nähen von Puppenkleidchen, Maschensticken, Einsäcken von Perlen, Anbringen von Hütchen, Decken und Schlingen am Christbaumstumpf. Allein die weite Ausdehnung der Kinderarbeit und namentlich der Beginn am frühen Morgen geben doch zu den ernstesten Bedenken Anlaß. In Lehrerkreisen, mit denen die Handelskammer sich diesseitig in unmittelbare Verbindung setzte, erwiesen sich die Klagen als allgemein, daß die Kinder vielfach schlaff und zur Aufnahme geistiger Erziehung unfähig zur Schule kommen. Aus diesen Gründen schien der Handelskammer die Beschărzung der Früharbeit auf 1–2 Stunden, wie sie der Entwurf vorschlägt, zwar für eine Besserung, aber nicht für ausreichend, sie bezeichnete vielmehr die vollständige Beseitigung gewerblicher Kinderarbeit vor dem Frühunterricht als dringend geboten. Während sonst vielfach gewünscht wird, daß der Kinderschutz vor den Werkstätten Halt machen möge, in denen Eltern nur mit ihren eigenen Kindern arbeiten, stellte sich in Sonneberg sofort heraus, daß dies eine Unterbindung des ganzen Kinderschutzes bedeuten würde. Denn abgesehen von 202 Kindern

sind sämtliche obengenannten Kinder in den Arbeitsstätten der eigenen Eltern beschäftigt; damit stimmt es überein, daß die Lehrer nichts von Beschwerden über fremde Arbeitgeber, dagegen sehr viel von übermäßiger Inanspruchnahme der kindlichen Arbeitskraft durch die eigenen Eltern zu berichten wissen. Die Kammer trat daher auch hier den beschränkenden Maßregeln des Entwurfs nicht nur bei, sondern ging noch erheblich darüber hinaus. Die abendliche Ruhezeit soll nicht um 10, sondern bereits um 8 Uhr beginnen. Auch soll die tägliche Arbeitszeit der eigenen Kinder an eine bestimmte tägliche Stundenzahl gebunden werden; sie soll während der Ferienzeit 6, während der Schulzeit 8 Stunden täglich nicht übersteigen. — Die Sonneberger Handelskammer ist zwar weit hinausgegangen über den Regierungsentwurf, aber auch sie genügt den Anforderungen noch nicht, die zum Schutz der Kinder vor der Ausbeutung in der Haushaltswirtschaft von ernsthaften Sozialpolitikern erhoben werden.

2. Als das Gewerbeamt in München soll ein neues Ortsstatut erlassen werden, das bereits die Genehmigung des Magistrats erhielt. Auf Vorschlag des Gewerkschaftsrats soll die Zahl der Delegierter von 36 auf 120 erhöht und die Proportionalwahl eingeführt werden. Die von den christlichen Gewerkschaften geforderte Herstellung von Wählerlisten dagegen wurde als zwecklos abgelehnt. Dagegen sollen auf Wunsch der modernen Gewerkschaften vom 1. Januar 1902 ab und zwar zunächst versuchsweise, zu allen Sitzungen des Gewerbeamts Delegierter herangezogen werden, um die Rechtsprechung zu beschleunigen.

Gewerkschaftliches.

Eine Konferenz der württembergischen Vertrauensmänner für die Fabrikinspektion fand am Sonntag, wie uns aus Stuttgart mitgeteilt wird, dort statt. Diese Vertrauensmänner sind von den Gewerkschaften zur Vermittlung von Beschwerden an die Fabrikinspektion bestellt. Die eingeladenen Gewerbeinspektoren waren volljährig erschienen: Drei erste Inspektoren, vier Assistenten und die seit zwei Jahren angestellte Assistentin Frau Grünau. Die Beamten und die Assistenten nahmen auch regsten Anteil an den geplünderten Debatten. Sie gaben den Vertrauensmännern beachtenswerte Blätter für die Erziehung der Arbeiter zum richtigen Verkehr mit den Aufsichtsbeamten. Ueber einstimmig stellten die Inspektoren fest, daß die Schüchternheit der Arbeiter sie häufig zu lägenhaften Mitteilungen an den Inspektor veranlaßt, damit sie nicht wegen der Aufdeckung von Missständen genehmigt werden. Von den gegen diese Erscheinung empfohlenen Vorschlägen seien folgende erwähnt: Inspektor Hartdegg will dafür sorgen, daß seine Anwesenheit in einem Ort durch den Vertrauensmann den Arbeitern im voraus bekannt gegeben werde, damit sie ihn in seinem Hotel oder einem sonstigen zu vereinbarenden Lokal aussuchen können. Vertrauensmann Schäffler-Hellbronn gab die sehr beachtenswerte Anregung, den Inspektoren bei der Revision den Vorsitzenden oder ein Mitglied des Arbeiterausschusses zur Begleitung beizugeben. Der als Gast anwesende Landtagsabgeordnete Keil empfahl, die Centralstelle für Gewerbe und Handel, welcher die Inspektoren unterstehen, möchte von Zeit zu Zeit durch amtliche Veröffentlichungen in den von Arbeitern meist gelesenen Blättern die Arbeiter über ihr Verhältnis zu den Fabrikinspektoren sowie über den Arbeiterschutz instruieren. Der Geschäftsführer der Maurer-Wirtshausbergs, Stolle, hielt einen Referat über Bauarbeiter-Schulz, das eine Debatte über die Frage hervorruft, ob die Bauinspektion an die Gewerbeinspektion angeschlossen oder selbständig errichtet werden solle. Die Inspektoren neigten ersterem auch von Stolle und Keil vertretenen Vorschlag zu. Ueber die zur Sprache gebrachte Frage der Neorganisation der Gewerbeinspektion in Verbindung mit der Errichtung von Arbeiterkammern sprachen sich die Beamten zurückhaltend aus. Gewerkschaftssekretär Räther hält zum Schlus noch einen Vortrag über die Wahlen der Vertreter der Ortsräte.

In dem Schadensfahrschrein der elf ausgesetzten Werksarbeiter gegen die Werft von Blohm und Voss in Hamburg und die Hamburg-Alsterka-Anle fließt am Freitag vor der 8. Hamburger Gewerbeamt ein Verhandlungstermin statt. Seitens der Werksbetriebe wurde nach dem Hamburger Echo die Abwehrung der Klage beantragt, die schon am § 3 der Arbeitsordnung schreiten müsse, nach dem das Arbeitsverhältnis ohne Kündigung jeder Zeit am Schluß der täglichen Arbeitszeit von beiden Seiten gelöst werden sollte. Es habe keine Kündigung stattgefunden, sondern nur eine Präventivmaßnahme der Unternehmer gegen eine vom Metallarbeiterverband geplante Streikaktion gegen die Werken. Der Vertreter der Kläger erwiderte, die Klage stütze sich nicht darauf, daß etwas die Kündigung nicht innegehalten sei, auf Kontraktbruch ic., sondern auf die §§ 823 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Es liege auf Seiten des Beschuldigten ein rechtswidriges Einwirken auf die Willensfreiheit der Kläger vor. Planmäßig hätten die Werstbesitzer den Arbeitern jede Arbeitsgelegenheit verweigert. Darin liege ein Verstoß gegen die guten Sitten. Auf diese beiden Momente werde die Klage gestützt, nicht auf die Kündigung angelegt. Die Entscheidung wurde vom Gerichtshof auf einen späteren Termin vertagt.

Kleine Chronik.

Leipzig, 7. Januar.

Luisa.

(Musikroman in vier Akten und fünf Bildern. Dichtung und Musik von Gustave Charpentier. Ins Deutsche übertragen von Otto Reijel. Erstaufführung im Neuen Theater am 5. Januar 1902.)

Ein „Musikroman“ — was ist das? Eigentlich ein Unding. Als Richard Wagner die Bühnenwerke seiner späteren Schaffensperiode nicht mehr „Oper“ sondern „Musikromane“ nannte, hattet er einen triftigen Grund dafür. Er wollte damit andeuten — und das war damals notwendig — daß er etwas absolut Neues bringe, daß mit dem Maßstab der alten Oper nicht gemessen werden dürfe, zugleich sollte durch die neue Benennung stark betont werden, daß von nun an die dramatische Handlung, und nicht mehr die Musik, die führende Rolle in der Oper übernommen habe und daß diese Werke also in ersten Linie als Dramen und nicht mehr einzig als musikalische Kompositionen anzusehen und zu beurteilen seien. Seitdem ist die Bezeichnung „Oper“ bei den modernen oder sich modern gehörden Komponisten in Wirklichkeit gekommen. Eine Oper will selber mehr schreiben, das ist etwas Ultimatives. Da aber mancher dieser modernen Dichterkomponisten fühlt, daß sein Werk ebensoviel oder noch weniger ein wirkliches Drama ist als die verputzten alten „Opern“, so sucht er irgend einen Verlegenheitsstiel dafür, der dann manchmal abschreckend genug ausfällt. So bezeichneten Wolzogen und Richard Strauss ihre „Feuersnot“ als Singgedicht, so nennt Charpentier seine „Luisa“ einen Musikroman, und merkt nicht, daß er damit eigentlich sein eigenes Werk verurteilt; denn ein Roman als solcher gehört nicht auf die Bühne und ist ebensoviel eine taugliche Unterlage für die musikalische Komposition. Höchstens der Stoff, der dem Roman zu Grunde liegt, könnte in ein Drama, meinetwegen auch in ein Musikkrama oder eine Oper, oder in irgend eine andere musikalische Form umgegossen und als solche behandelt werden, — dann hört er aber auf, ein Roman zu sein. Das ist aber in vorliegenden Falle nicht geschehen. Charpentier wollte wirklich einen Roman als solchen auf die Opernbühne bringen, ihm gleichsam auf dem Theater mit musikalischer und scenerischer Illustration erzählen und so weist uns die absonderliche und schief Bezeichnung als Musik-

roman tatsächlich auf die schwache Seite des Werkes hin. Charpentier ist kein Dramatiker und auch kein Dichter im eigentlichen Sinne des Wortes; denn es mangelt ihm an dichterischer Phantasie und selbstdidiger Erfindung. Der Roman, den er sich für sein Bühnenstück ausgedacht hat, ist nicht nur sehr einfach — das wäre kein Fehler — sondern sehr armelig, und dieser Roman ist nicht einmal das Produkt seiner Phantasie, sondern das Ergebnis der Lektüre der bekannten französischen Romanforschersteller, eines Murger, eines Zola ic. Er stellte einfach Erinnerungsbilder aus dieser Lektüre zusammen. Das aber, was den Roman erst zum Roman macht — die Charakterentwicklung — fehlt vollständig. Die Handlung ist in wenigen Worten erzählt. Luisa, eine hübsche, blutjunge Nährerin — auf Deutsch sagen wir gewöhnlich „Konfektionöse“ — ist das einzige Kind eines biederen Arbeiterpaars. Die Eltern suchen sie in Jugend und Sittsamkeit und fern von der Verbreitung der Großstadt zu erziehen. Der Vater ist sentimental mit einem Stich ins Egoistische. Er möchte die Kleine immer nur für sich behalten. Die Mutter ist zärtlich, sie glaubt, die Sittsamkeit lasse sich am besten durch mürrische Beschle, überlautes Schreien und gelegentliche wollappizierte Ohrfeigen einbläumen. Das Kind wird streng überwacht. Aber auf dem der Mansardenwohnung gegenüberliegenden Balkon erscheint ein junger Mann, ein Künstler, sein Verhältnis einer jener Bohemians (Singeure), wie sie uns Murger in seinem Zigeunerleben geschildert hat. Der gewinnt das Herz der Kleinen. Er hält in einem Briefe bei den Eltern um die Geliebte an. Sie wird ihm verweigert, da seine Zukunft den Eltern nicht gesichert erscheint. Und die arme Luisa wird nur noch strenger bewacht und von der Mutter noch mehr gepeinigt. Und draußen auf der Straße, und rings um das eingeschlossene Böghchen herum rauscht und glänzt und leuchtet das lebensfrohe Paris. Die Sache kommt nun, wie sie muss, und wie sie in allen naturalistischen Romanen verläuft. Der Verbraucher (Zulken) findet doch Gelegenheit, mit Luisa zu sprechen. Er zieht mit seinen Freunden, den Bohemians, vor die Werkstatt, wo die Kleine arbeitet, und entführt sie schließlich nach einem Montmartre gelegenen Gartenhäuschen. Dort leben die beiden vergnügte Flitterwochen der freien Liebe. Aber gerade während die Bohemians ein großes Narrenfest zur Feier des Liebespaars veranstalten, erscheint die Mutter. Sie berichtet, der Vater sei erkrankt, und nur die Rückkehr Luisas könne ihn vom Tode retten. Luisa entschließt sich, mit ihr zu gehen, nachdem die Mutter ihr und ihrem Geliebten das fetterliche Verbrechen gegeben, sie dürfen, sobald der Vater wieder gesund sei, wieder in die Arme

Juliens zurückkehren. Der Vater gehundet. Aber die Eltern halten das Verbrechen nicht. Sie lassen die Kleine nicht aus dem Hause. Der Vater bearbeitet sie mit seinen Sentimentalitäten, die Mutter mit ihren Schelten. Aber schließlich kommt es zum Bruch. Die geflügelte Luisa singt plötzlich an, einen Hymnus auf die Stadt Paris und ihre Freuden und auf die freie Liebe zu singen, worauf ihr der Vater mit ebenso plötzlichem Umschlag seiner Gesinnung selber die Tochter weist und sie zum Hause hinausläßt, um alsdann in ohnmächtiger Wut die Faust gegen das Paris zu ballen, den Eltern ihre Kinder raubt.

Das ist alles höchst banal und langweilig, beinahe im Colportagegeschmack. Und die Handlung rückt nirgends vom Fleisch. Endlos ziehen sich die nichtsagenden Reden und Gegenreden hin. Dazu kommt noch, daß die deutsche Übersetzung des Textes von Otto Reijel geradezu schauderhaft ist; die dem Französischen nachgebildete Sachkonstruktion ist barbarisch. Das Textbuch durchzulesen ist eine Dual. Die Übersetzung erinnert an die schlimmsten Seiten der vorwagnerischen deutschen Opernmesse.

Wenn Charpentier aber kein Dramatiker und kein Dichter ist, so ist er doch ein überaus geschickter Arrangeur. Was er giebt, ist weber ein Roman noch ein Drama; es sind hübsche und raffiniert ausgebildete Scenenbilder, die an Scenen aus bekannten Romanen erinnern. Gleich das erste Bild, die Mansardenwohnung der Arbeiterfamilie, mit dem breiten Fenster, durch das man den gegenüberliegenden Balkon erblickt, und mit seinen Nebengassen, dem Schlaflimmer und der Kirche, die so geschickt gestellt sind, daß man in sie hineinsehen und die darin spielende Handlung verfolgen kann, ist meisterhaft angebaut. Das Kleinsten in dieser Wohnung, das Mittagesessen der Familie, die Thätigkeit der Mutter in der Küche, das ist alles getreu nach der Natur geschildert, und zwar von Charpentier selbst, der in dieser Beziehung die genauesten Angaben macht, denen unsere Regie nur zu folgen brauchte. Das dieses erste Bild auch auf unserer Bühne hübsch gelungen ist — mit Ausnahme des gegenüberliegenden Balkons, der etwas zu nah erscheint, und eines kleinen Vergehens, daß die Mutter den Fenstervorhang zuzog, bevor sie die Lampe auf den Tisch setzte und dadurch gerade in dem Augenblick, wo der Vater den Brief lesen wollte, eigentlich Dunkelheit im Zimmer hätte herrschen sollen — mag Herr Oberregisseur Goldberg als Verdienst angerechnet werden. Auch die zweite Scene, die einen kleinen Platz in Paris vor der Werkstatt der Schneiderinnen darstellt, von wo aus man über die Dächer einer im Hintergrund liegenden

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die Ordnungsparteien und die Kandidatenfrage im 10. Reichstagswahlkreis. In der Deutschen Tageszeitung liest man: „Zur bevorstehenden Reichstagswahl ist bekanntlich bisher der Rittergutsbesitzer Sachse als Kandidat der Konservativen und des Bundes der Landwirte und der Landtagsabgeordnete Stadtrat Dr. Vogel als Kandidat der nationalliberalen Partei aufgestellt worden. Die Antisemiten haben bisher noch keinen Kandidaten aufgestellt, und es scheint beinahe, als ob sie auf die Aufstellung eines besonderen Kandidaten verzichten wollten. Wir würden diesen Entschluss mit Freuden begrüßen, nicht nur wegen der jetzigen Wahl, sondern mit Rücksicht auf die Gestaltung des Verhältnisses zwischen den Konservativen und Antisemiten in Sachsen überhaupt. Es sind Versuche gemacht worden, die zum Teil nicht ohne erfreuliches Ergebnis waren, dieses Verhältnis für die künftigen Wahlen freundlich, schiedlich und friedlich zu gestalten. Selbstverständlich würde eine antisemitische Sonderkandidatur im heutigen Kreise nicht förderlich für diese Streitungen sein. Dazu kommt, dass die Antisemiten bei der Wahl 1893 nicht nur den jetzigen konservativen Kandidaten unterstützen haben, sondern eigentlich die ersten Anreger und Träger seiner Kandidatur waren. Es würde nicht leicht sein, die antisemitischen Wähler gegen denselben Kandidaten jetzt mobil zu machen, der ihnen 1893 von antisemitischer Seite so warm empfohlen war.“

Rittergutsbesitzer Sachse ist ja nicht nur konservativ und Bündler, sondern auch Antisemit. Insofern könnten ja die Antisemiten mit der Kandidatur zufrieden sein. Aber wo bleibt denn da der mauldüstere Zimmermann? Hat er sich durch die Versprechungen auf ein schiedliches und friedliches Verhältnis zwischen den Konservativen und Antisemiten hoffen lassen? Hat man ihm am Ende gar zum Nachfolger Freges im 14. Wahlkreis, in dem er bereits kandidiert hat, in Aussicht genommen? Bis zur nächsten ordentlichen Wahl könnte sich da schließlich auch noch manches ändern.

Die Militärvereine im Kampfe gegen die Konsumvereine. Im Militärvereine zu Berlin grün bei Schwarzenberg wurden am Silvesterabend die Beiträge für diejenigen Mitglieder ausgezahlt, die im Mai vorigen Jahres wegen ihrer Zugehörigkeit zum Schwarzenberger Konsumverein gestrichen worden sind. Die Mitglieder erhielten seiner Zeit durch einen Schuhmann einen Bettel ins Haus, in dem ihnen mitgeteilt wurde, durch die Amtschauptschafft Schwarzenberg sei festgestellt worden, dass die Leiter des Konsumvereins Schwarzenberg Sozialdemokraten seien, weshalb der Vorstand des Militärvereins beschlossen habe, sie aus dem Militärverein auszuschließen, wenn sie nicht bis zu einem bestimmten Termin aus dem Konsumverein ausgetreten seien. Die Drohung hatte aber ihre Wirkung vollständig verfehlt, denn am 31. Dezember erhielten sie sämtlich ihre Beiträge zurück, die sich auf 40 Mk. beliefen. Freiwillig war allerdings der Militärverein nicht zur Rückgabe der Beiträge zu bewegen; der Vorstand bequemte sich vielmehr erst dazu, nachdem die Gewahrsagungen eine Klage beim Gericht angestrengt hatten. Auch die Militärvereine in Schwarzenberg und Brandenburg verlangten im Oktober vorigen Jahres, dass die Mitglieder aus dem Konsumverein austreten sollten. Es wurde ihnen bis 31. Dezember Bedenken gegeben. Die Zeit ist verstrichen und aus dem Konsumverein ist kein Mann ausgetreten. Am Gegen teil, es haben Militärvereinsmitglieder, die sich über diese Hebe empörten, dem Militärverein den Rücken gekehrt und haben sich beim Konsumverein eintragen lassen. Der Herr Bezirksvorsteher Stark in Schöneberg, der zu einer Militärvereinsversammlung in Schwarzenberg war, erklärte seiner Zeit: „Auch wenn nur ein Sozialdemokrat in der Verwaltung des Konsumvereins sitzt, so müssen wir uns untergliedern, wir dulden so etwas nicht.“ Auch diese Rede hat nichts genutzt, denn nicht der Konsumverein, sondern der Militärverein ist der Heringefallene. Der ganze Erfolg des Kampfes ist, dass die Militärvereine Geld und einige 40 Mitglieder verloren haben. Der Konsumverein hingegen hat an Mitgliedern und Umlauf erheblich zugunsten. Die Konsumvereinsheide der Militärvereine hat also auf der ganzen Linie mit einem totalen Misserfolg geendet.

Müngang des Fleischkonsums. Auf dem Chemnitzer Schlachthof sind im Jahre 1901 115 392 Tiere geschlachtet

worden. Das sind 1959 weniger als im Jahre 1900. Der Rückgang beschränkt sich ausschließlich auf die Schweine, während die übrigen Tierarten in etwas grösserer Zahl in den zahlreichen Angaben von 1901 vertreten sind, dagegen sind 1901 6230 Schweine weniger geschlachtet worden. Diese Zahlen zeigen auch davon, dass die Lebenshaltung der Chemnitzer Arbeiterbevölkerung wesentlich schlechter geworden ist.

Kerztliche Gutachten. Ein Bergarbeiter aus Scheibenberg, der sich bei der Arbeit eine schwere Muskelzerreißung zugezogen hatte, klage beim Bergschiedsgericht Zwickau am 21. Dezember 1901 auf Erhöhung der Rente. Der Mann geht ganz gebückt und hat furchtbare Schmerzen. Trotzdem bestcheinigt der Zwickauer Arzt Dr. Wahns, dass der Mann ganz gut arbeiten könne. Wenn er gebückt gehe, so thue er das, weil es — bequemer sei!! Ueberhaupt war das Gutachten, wie uns unser Gewährsmann schreibt, in einem Tone gehalten, dass man auf den Gedanken kommen könnte, der klagende Bergarbeiter habe trotz seiner Muskelzerreißung das Zeug zu einem Heldenkorbaten! Diesem unglaublichen „Gutachten“, durch das die Berufsgenossenschaft beinahe ein gutes Geschäft gemacht hätte, stand ein anderes diametral entgegen, das ausdrücklich hervorhob, eine Heilung sei völlig ausgeschlossen. Durch den Unfall wäre ein chronischer Magenfaktor entstanden, der viel Schmerzen verursache, ferner sei die Muskulatur des Klägers schlaff und schliesslich wären zu beiden Seiten Brüche herausgetreten! Die Gegenüberstellung dieser beiden Gutachten erregte selbst beim Vorsitzenden, Bergamtsassessor Dr. Dannenberg, lebhafte Verwunderung, der er durch wiederholtes Kopfschütteln Ausdruck gab. Schliesslich gab man dem Vermissten den Rat, seine seßhafte Arbeit wieder aufzunehmen, und als man eintraf, dass das nicht anging, überwies man ihn dem Dr. v. Reichenbachs Institut in Dresden.

Ein charakteristischer Zwischenfall in der Verhandlung verdient grössere Beachtung. Als die beiden sich so widersprechenden Gutachten verlesen waren, meinte der Vorsitzende, dass auf die Gutachten der Kläger, die von den Klägern aufgeschaut werden, nicht viel zu geben sei! Und als hierauf ein Arbeiterbeamter verwundert antwortete: „Aber, meine Herren, das sind doch beides studierte Leute, und wir müssten doch eigentlich dem einen Arzt so gut Glauben schenken wie dem anderen.“ So antwortete der Vorsitzende, dass man hier aber auch die Interessen der Berufsgenossenschaft zu vertreten habe. (1) Das Schiedsgericht sei doch nicht allein für die Versicherer da! Bei dieser Offenherzigkeit ist allerdings manches verständlich, was bisher in dieses Dunkel gehüllt blieb.

Auerbach, 4. Januar. Der hiesige Stadtrat hatte vor kurzem gegen eine Stimme die Richtigung der vielbestrittenen städtischen Rechnungen vom Jahre 1886 ab durch das Stadtverordnetenkollegium dann für unbedenklich gehalten, wenn hierbei der Vorbehalt aller Ansprüche an Dritte geltend gemacht werde. Unter dieser Einschränkung hatte der Rat dem Stadtverordnetenkollegium die Zustiftung der Rechnungen empfohlen. Demgegenüber sah das Stadtverordnetenkollegium gegen eine Stimme den Beschluss, die Justizifizierung der Rechnungen definitiv abzulehnen, da es der Überzeugung ist, dass diese Rechnungen der Mächtigkeit in vielfacher Hinsicht entbehren. Das Kollegium erklärte auch, dass es nicht umhin könne, dem Rat gegenüber seiner Verwunderung darüber Ausdruck zu geben, dass er dem Kollegium die Justizifizierung von Rechnungen, von welchen er selbst überzeugt sei, dass sie nicht in Ordnung seien, empfahl.

Stollberg, 6. Januar. Folgendes kostliche Histörchen wird der Chemnitzer Volksstimme berichtet: Infolge der in schlechtem Zustande gehaltenen Hohenacker Straße hatten die Bewohner derselben mehreren mal den Versuch gemacht, mit der Behörde ein Nebenkommunen zu treffen, behufs Herstellung eines Fußweges, jedoch scheiterte das. Um nun die Sache aus der Welt zu schaffen, haben sich sämtliche Bewohner der genannten Straße geeinigt, den Fußweg auf eigene Kosten herzustellen. Am Neujahrstag haben sich nun sämtliche Bewohner, jung und alt, auf die Weine gemacht und einen Fußweg fertiggestellt, damit die Bewohner und Spaziergänger nicht mehr im Schmutz stecken bleiben und vielleicht gar einmal die Überschuh verlieren. Die Sache nahm sich ganz kostlich aus, indem alles mit Hand an Werk legen musste, ob Vater oder Sohn, alles was laufen konnte, musste mit Karren fahren oder mit

der Schaufel oder Hacke arbeiten bis der Weg vollständig hergestellt war.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Rechtsanwalt Dr. Flinzer in Chemnitz, der seit der Silvesternacht vermisst wurde, ist am Mittwoch im Kühlwald erhängt aufgefunden worden. Der Verstorbene soll in leichter Zeit an nervöser Überreizung gelitten haben. — Die Eisenbahnbetriebsdirektion Dresden sieht bekannt: Am 5. d. M. vormittags 9 Uhr 54 Minuten ist der von Görlitz kommende Personenzug Nr. 603 in Bittau infolge glitschiger Schienen nicht rechtzeitig zum Anhalten zu bringen gewesen, vielmehr über die an der Ostseite des Stationsgebäudes gelegene Drehscheibe hinausgefahren und hat dieses Gebäude in einer Breite von drei Metern durchbrochen, wodurch ein Teil der Telegraphenleitung zerstört worden ist. Die Maschine des Zuges ist einen Meter weit in diesen Raum eingedrungen. Der Zug bestand aus zehn Wagen, die lärmlich im Gleise blieben. Eine Menge eines in der Mitte befindlichen Wagens wurde in die Höhe gehoben, was die Verstärkung der Stirnseite dieses und des benachbarten Wagens zur Folge hatte. Verletzt wurden die Reisenden Seit aus Elisa, Grundbesitzer Hartmann aus Groß-Schweidnitz und der Arbeiter Wendel aus Tauchritz und zwar ersterer durch Quetschungen bedeckt. Die Verletzungen der beiden anderen Reisenden sind leichter. Alle drei konnten sich allein nach Hause begeben. Der Materialschaden ist unerheblich. Betriebsstörungen haben nicht stattgefunden. — Von einer Rangiermaschine wurde im Abdorf der 33 Jahre alte Stredenarbeiter Hermann Sörgel erschossen und getötet. Der Getötete hinterließ Frau und drei Kinder. — Auf der Großen Plauenschen Straße in Dresden entstand in der Nacht zum Hohen Neujahr Feuer, wobei ein 2½ Jahre alter Knabe erschien.

Teng, 4. Januar. Eine Silvesterfeier zwischen Offizieren und Studenten hat hier zu einem Duell geführt, bei dem der beteiligte Student auf dem Platz geblieben ist und der Offizier beinahe das Leben eingebüßt hätte. Ueber den Vorgang wird erzählt: In der Silvesternacht früh zwischen 5 und 6 Uhr kamen der Lieutenant Thieme mit einem anderen Lieutenant, beide in Civil, mit einem Mädchen und einem Uniform tragenden Jähnrich die Johanniskirche heraus, als ihnen vom Markt her, wo die Germaniafeiere ist, der stud. chem. Held mit anderen Studenten entgegentrafen. Offiziere wie Studenten sollen, wie dies nach der bis zum Morgen durchzechten Nacht begreiflich ist, befiekt gewesen und sich nicht genügend ausgewichen sein, so dass sie aneinander stießen. Dabei soll Lieutenant Thieme dem ihm gegenüberstehenden stünd. Held aufrufen haben: Wissen Sie nicht, wen Sie vor sich haben? Ich bin der Lieutenant Thieme vom 94 Regiment, worauf Held mit den Worten: Ach was da dem Thieme eine Ohrringe gab. Dieser nur aus der Trunkenheit beid: Teile erklärliche Vergang gab den Anlass zu dem Duell. Nachdem im Ehrengericht ein von studentischer Seite gemachter Versuch, die Sache durch ein Duell auf schwere Säbel auszutragen, von den Offizieren abgelehnt worden war, wurde ein Duell auf gezogene Pistolen bei zehn Schritten Distanz und mit fünfmaligem Augstwechsel vereinbart. Es ist dies umso mehr zu veründern, als Thieme als bester Pionierschütze des Bataillons bekannt war und bei so scharfen Bedingungen der Ausgang kaum zweifelhaft sein konnte. So erhielt denn im dritten Gang Held einen knistergerechten Blattschuss; die Kugel schlug unterhalb der linken Achselhöhle in die Brust, zerriss die großen Herzgefäße und ging an der rechten Seite des Körpers herab; der Getroffene stürzte im Feuer zusammen, ein Blutstrom drang aus dem Mund und nachdem er noch einmal die Augen aufgeschlagen, war er tot. Auch seine Kugel hatte getroffen und zwar den Hals Thumes dicht an der grossen Halsschlagader; hätte sie diese zerrissen, so hätte der Unzug ein zweites Opfer gefordert.

Vierte Konferenz des 9. Gau des deutschen Holzarbeiterverbandes.

Abgehalten am 5. Januar 1902 in Grimma.

Nach einem Sängergruß des Vereins Harmonie und der Wahl eines provvisorischen Büros wird durch die Mandatsprüfungskommission zunächst festgestellt, dass 20 Wahlstellen durch 24 Delegierte, der Gauvorstand durch drei Vertreter und als Referent Leopold Zeh anwesend sind. Nicht vertreten ist die Wahlstelle Düben. Die vom Gauvorstand vorgeschlagene Geschäftsführung und nachfolgende Tagesordnung: 1. Konstituierung des Gauaussages; 2. Geschäfts- und Kassenbericht; 3. Welches sind die gegenwärtigen Aufgaben innerhalb unserer Organisation (Referat); 4. Bericht der Delegierten; 5. Anträge, finden einstimmige Annahme. In das Bureau werden nunmehr Wilsdorf-Leipzig und Erb-Grimma als

Straße nach der Höhe des Montmartre hinüberhaut, ist dekorativ hübsch ausgedacht. Die Treppenanlage im Hintergrunde markiert dabei die Terrainverhältnisse sehr anschaulich. An unserer Dekoration machen nur die Häuser des Vorgrundes einen wenig pariserischen Eindruck. Hier will nur Charpentier das Erwachen der Stadt Paris zeigen. Er lässt die Gestalten auftreten, die zur Nachzeit und am frühen Morgen die Straßen beleben, die Lounpensammler, Strassenkehrer, Bummler, Milchhändler etc., dann die Arbeiter und die Nähmädchen, die an ihr Gelände gehen. Dieses Bild ist auf unserer Bühne nicht gelungen. Man wußte nicht recht, was die Figuren wollten und sollten. Es war kein rechter Zug in der Sache. Ganz unmöglich waren die Kostüme der Bohémien (aber der „Bohème“, wie Herr Nelhel sagt!!!), d. h. der nachtschwärzenden Künstler, der Freunde Julians. Das Stück spielt doch in der Gegenwart, und das waren Karikaturen zum Algeuerleben des seligen Mürger. Und worum die Mehrzahl dieser Herren diese unmöglichen großartleren Hosen anhaben mochten, die heute in Paris kein Mensch, auch kein Bohémien, mehr trägt? Lebendiger war wieder das Bild der Näherinnenwerkstatt. — Den Glanzpunkt des Stücks bildet die kleine Villa auf der Höhe des Montmartre. Auf der einen Seite ein freundliches Gartenhäuschen, auf der anderen eine alte Mauer und ein Baugewüst, und im Hintergrund das Panorama von Paris, in dem sich die lange gerade Linie der Avenue des Champs Elysées deutlich abzeichnet. Erst liegt die Stadt im Sonnenglanz, dann wird es Nacht, und die tausend Lichter von Paris leuchten auf. Das ist ein sehr hübscher Dekorationseffekt. Der Charivari, den die Künstler in dem Garten aufführen, und der in einer Krönung Lustens als Musik des Montmartre gipfelt, ist wenig geistreich und wenig nach unserem Geschmack.

Wir haben uns lange bei den Scenenbildern und der dekorativen Ausstattung aufgehalten, weil dies entscheidet das wichtigste an dieser Oper ist. Diesen feinen Bildern verdanken sie in Paris offenbar in erster Linie ihren Erfolg, und in Deutschland sieht und fällt die Oper mit diesen Bildern; denn die Handlung interessiert nicht, und die Musik des Herrn Charpentier dürfte bei uns auch kein tieferes Interesse erwecken, sie liegt unserem Empfinden zu fern, und wir sind — das dürfen wir wohl sagen — in Deutschland besseres gewohnt.

Und doch ist Charpentiers Musik keineswegs uninteressant; schon deshalb weil sie russisch ist. Charpentier ist ein echter Franzose. In der Diction des Teiges folgt er nicht etwa Wagner, weil

er die geschlossene Form verschmäht, sondern vielmehr der alten französischen Tradition des deklamatorischen Stils. Dieser deklamatorische Stil, der schon aus den Zeiten Lullys und Rameaus stammt, ist in Frankreich eigentlich niemals ganz ausgestorben und lebt nun, seit die geschlossenen Formen, die sich unter italienischen und deutschen Einfluss auch in der französischen Oper eingebürgert hatten, durch die Romantiker (Berlioz, Liszt, Wagner) gesprengt wurden, nur aus wieder auf. Zu der möglichst dem Sprachaccident folgenden deklamatorischen Singstimme gefiel sich auch wieder — wie in der alten Zeit — die naturalistische, oder, wie wir heute sagen können, die impressionistische Orchesterbegleitung, der nun heute allerdings die reichen Ausdrucksmitte der modernen Instrumentation und Tonmalerei zur Verfügung stehen. So gestaltet sich der ganze Tonfall unendlich viel reicher als bei jenen alten Meistern, aber er ist im Grunde doch nichts anderes, als die alte französische Deklamationsoper, die mit Charpentier und seinen Mitstreibern in neuem Gewande wieder auflebt. Charpentiers Orchester schlägt nicht die tiefen Seelenvorgänge, wie das Orchester Wagners und der deutschen Meister, das seine Herkunft aus den Beethovenschen Symphonien ableitet; es ist nur Dekoration; eben das eigentliche Opernorchester. Nur ist Charpentier entschiedener einer der talentvollsten und bedeutendsten Impressionisten der jungen französischen Schule. Er versucht, wie schon seine längst hier von Ed. Colonne aufgeschriebene Impressionen d'Italie (italienische Eindrücke) beweisen, über eine geradezu verblüffende musikalische Schillerungskunst; und davon giebt er auch in seiner Oper eine höchst drahische Proben. So wird in der Orchestereinführung zum dritten Bild (Näherinnenwerkstatt) das charakteristische Geräusch der Nähmaschinen, das Lachen der Mädchen etc. ungemein deutlich geschafft. Ungemein charakteristisch ist auch die Ohrseife, die Linse von ihrer Mutter erhalten, und die lange schmerzend im Ohr nachslingt. Solche Kunststücke ließen sich noch mehr erwähnen. Aber das sind nur einzelne Momente, nur gleichsam die Rosinen im Kuchen, und der Kuchen selber ist oft recht fad. Auf langen Stellen folgen wieder lange Debatten, wo sich die Musik kaum über den banalen Text erhebt. Selbst in den Liebesseuen sind Sentimentalität und dämmer Prosa oft recht wenig freudlich miteinander vermischt. Im dritten Akt nimmt die Musik einen Aufschwung. Auch hier enthält die Liebescene noch recht prosatische Stellen, aber die Musik hat doch etwas mehr Zug. Der dritte Akt bezeichnet nicht nur den scenischen, sondern auch den musikalischen Höhepunkt der Oper.

Vorsitzende und Gerichte und Börner-Leipzig als Schriftführer gewählt.

Dem Geschäftsbericht des Gauvorstehers ist zu entnehmen, daß die Agitation im Gau, sowie die Hauptaufgabe des Verbandes, nämlich die Herbeiführung guter Arbeitsbedingungen, durch die auch im 9. Gau stark hervortretende Krise sehr erschwert wurde. Besonders in der im Gau vorherrschenden Stahlindustrie waren Differenzen und Streiks, veranlaßt durch Lohn- und Accordklausuren, die Folgeerscheinung der Krise. Die Resultate der zahlreichen Differenzen waren im Ausgang für die Arbeiter teilweise günstig, teilweise aber mußten die Kollegen im Wege des Vergleichs schlechtere Arbeitsbedingungen annehmen. In 67 Betrieben wird zur Zeit mit verkürzter Arbeitszeit, die zwischen 6—17 Stunden pro Woche schwankt, gearbeitet, während in Eisenburg noch Überstunden vorherrschen, obgleich auch dort arbeitslose Kollegen vorhanden sind. Besonders traurige Erwerbsverhältnisse haben die Korbmacher. Trotzdem die Zahl der beschäftigten Holzarbeiter im neunten Gau zurückgegangen ist, hat die Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 3682 auf 4085 erfahren. Der Organisation am schwersten zugänglich sind die Drechsler. Eine Zählstelle wurde neu gegründet. Deutliche Verbesserungen wurden 80 angekündigt. Revisionen fanden 19 statt. Die Kassengeschäfte sollen möglichst älteren verheirateten Kollegen übertragen werden. Lokale Prüfungen sonstiger Art wurden 22 vorgenommen. Die Korrespondenz weist 300 Eingänge und 680 Ausgänge auf; zur Erledigung der Geschäfte waren 30 Sitzungen nötig.

Dem Bericht des Kassierers ist zu entnehmen, daß die Einschüsse 1603,70 M., darunter 449,75 M. freiwillige Beiträge der Zählstellen; die Ausgabe 1212,05 M. betrug. Es verbleibt somit ein Kassenbestand von 897,65 M. Der Berichterstatter bemerkt, daß im Berichtsjahr nur 1,6 Prozent von der Gesamtkennzeichnung im Gau auf Conto der Hauptklasse verausgabt wurden, während statutarisch 5 Prozent dem Gauvorstand zur Verfügung stehen, er ersucht die Zählstellen um regere Inanspruchnahme der Gauverwaltung. Dem Gauvorstand wird Entlastung erteilt.

Zum dritten Tagesordnungspunkt führt Leopold-Zeit aus: Der Prosperität der letzten Jahre sei eine Depression gefolgt, die eine anhaltende sein dürfe, weil die Ausfuhrländer unserer Industrie, besonders Russland, Japan und China, selbst Industrieländer geworden sind, weil ferner die gegenwärtige Politik, die in Deutschland vorherrscht, zur weiteren Verlängerung unseres Exportes beiträgt, und bei der Hauptkonsument im Inland, der Arbeiter, durch seine ungenügende Entlohnung nicht ausfrägt ist. Das Bestehen und die Aufgaben der Gewerkschaften liegen im allgemeinen Volksinteresse. Dennoch muß jetzt bei Bewegungen größte Vorsicht beobachtet werden. Wir müssen durch höhere Beiträge Kassengeschäfte schaffen. Tarifmäßige Vereinbarungen, allerdings nicht allzu langer Dauer, müßten angestrebt und Überstunden von den Mitgliedern mit höherem Nachdruck verworfen werden. Einschränkung der Frauenarbeit, Verbot der Kinderarbeit, die Arbeiterversicherungsgesetzgebung, die Unfallvorschriften sind in den Versammlungen mehr als bisher zu behandeln, desgleichen auch die Gewerbeinspektion. Die Unternehmensbeherrschungen müsse man fördern; vor allem aber sei die Arbeitslosenunterstützung durch die Gewerkschaften ein Gebot der Notwendigkeit. Wir, unsere Familien und die Arbeiterbewegung überhaupt, haben den Ruhm davon. (Beifall).

Die Berichte der Delegierten bestätigen die vom Vorsitzenden angeführte Situation im Gau. Zum bemerken ist noch, daß die Unternehmer am 1. Mai 300 Kollegen in Geringswalde aussperrten und die Leipziger Holzindustriellen die um Erhaltung der geringen Löne kämpfenden Kollegen durch eine halbjährige Aussperrung auszuhungern wollen. Die Arbeitszeit beträgt noch bis zu 66 Stunden. Es bestehen in einzelnen Orten leider noch kleine Vergnügungsvereine von Holzarbeitern. Fast durchgängig sind durch Haushaltung gute Erfolge erzielt worden, so daß diese Art der Agitation viel gewünscht wird.

Zu den Anträgen übergehend, wird beschlossen, daß alle Zählstellen im Sommerhalbjahr mindestens eine Agitationsversammlung zu veranstalten haben, wozu der Gauvorstand ein geeignetes Flugblatt zu stellen hat. Ein Antrag, betreffend die Herbeiführung einerheitlicher Arbeitsbedingungen in der Sägemühleindustrie, wird dem Gauvorstand zur Prüfung überwiesen. Die Pläne für auswärtige Delegierte bei Haushaltung werden nach den Entscheidungssätzen des Gauvorstandes (3 M. pro Tag) festgesetzt. Die Gaustage finden in Zukunft aller zweit Jahre statt. Ein

Verse mit vollendetem Ausdruck sang, und sel. Gardini erwähnt, die als Lehramädchen im Gegensatz zu ihren Kolleginnen in der Lebendigkeit des Guten vielleicht ein wenig zu viel hat. Die ersten Akte der Oper wurden etwas fühl ausgenommen. Nach und nach steigerte sich aber der Applaus, und die bei unseren Opernpremiären üblich gewordenen Herausrufe (erst die Sänger, dann der Kapellmeister, dann als Kulminationpunkt Herr Direktor Stägeman) konnten programmäßig von statten gehen. Gustave Charpentier soll der Vorstellung beigewohnt haben. Er zeigte sich nicht vor der Rampe. H. M.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater gelangt am Mittwoch die Oper Carmen zur Aufführung. — Im Alten Theater wird nachmittag 3 Uhr zu ermäßigten Preisen Frau Holle, abends 7 Uhr als 11. volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen Maria Stuart gegeben.

Donnerstag findet im Neuen Theater eine Aufführung der beiden Benediktinerstücke Die Hochzeitstreise und Die zärtlichen Verwandten statt. — Im Alten Theater wird die Operette Der Bettelstudent wiederholt.

Am Freitag ist im Neuen Theater die erste Wiederholung der Oper Luisa von Gustave Charpentier angefeiert. — Im Alten Theater bringt der Freitag den Schwan Sein Doppelgänger und den Einakter Mabel, sei schlau.

Im Carlos-Theater sieht am Mittwoch das Ensemble des Kaiserlich japanischen Hoftheaters in Tokio mit Sada Yacco und Sōjuro Kawakami sein Gastspiel fort.

Altes Theater (Don Carlos von Schiller). Gastspiel des Herrn Schmalz vom Stadttheater in Halle. Da das Fach der Heldenwörter mit Herrn Brunow, der der Theaterbühne mit Herrn Stiehl besetzt worden ist, ist kaum anzunehmen, daß das Gastspiel des Herrn Schmalz vom Stadttheater in Halle als Probe für ein beabsichtigtes Engagement aufzunehmen wäre. Dennoch gebietet die Vorsicht, es offen zu sagen, daß sich Herr Schmalz als Philipp II. wenig brauchbar beweisen hat. Seine Sprechweise ist hart, strohend und nasal, sein ganzes Gehaben unköniglich und würdelos. Wenn er seine Minister ausschlägt, so glaubte man viel eher einen ehrbaren Kaufmann vor sich zu haben, der die Durchführung seines Commiss beauftragt, als einen königlichen Diplomaten und Glaubensbeiseiter. Philipp II. ist eine problematische Natur, die dem Schauspieler eine schwierige, in ihrer Schwierigkeit aber auch überaus dankenswerte Aufgabe stellt. Herr Schmalz versucht es aber, seinen Philipp zur völligen Bedeutungslosigkeit herabzudrücken. Ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß!

Herr Otto spielte dreimal den Don Carlos, und ich wäre angebracht dieser Leistung beinahe verfucht. Herr Feistel lärmte höchstes Wort, das ich über seinen Don Carlos gesprochen habe, um Vergebung zu bitten. Denn ist sein Don Carlos auch eine in ihrer Anlage verfehlte, zu knabenhafte, zu nervöse und manierierte Persönlichkeit, so ist es doch eine Persönlichkeit immerhin. Herr Otto weiß ich aber kaum anders zu charakterisieren als so: Er verkörpert die Majestätigkeit der Mittelmäßigkeit. Das scheint paradox, aber Herr Otto bestätigt es, indem er alles, was sie durch Routine erwerben läßt, ins Maßloste übertriebt, mit allen lauten Worten und weitauftreibenden Gebäuden aber immer auf dem peitschigen Nullpunkt bleibt. Nochmals: man sollte auf die würdigen Darstellungen von Stücken, die bei Arbeiter- und volkstümlichen Vorstellungen aufgeführt werden, mehr Gewicht legen.

Weiterer angenommener Antrag verlangt von den Orten, wo das Verbrauchsmäumerystem noch besteht, Zählstellen zu errichten. Sechs für den nächsten Verbandstag bestimmte Anträge werden zur selbständigen Einbringung an den Verbandstag an die Zählstellen zurückverwiesen. Nur ein Antrag, der die Regelung der Lokalgesteckte vom Verbandsstags verlangt, findet Annahme.

Eine äußerst lebhafte Diskussion wird durch einen Antrag des Gauvorstandes hervorgerufen, wonach vor der Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung demokratische Gegenstand in allen Zählstellen zu diskutieren ist und der Gaustag den Mitgliedern empfohlen möge, für die Einführung zu stimmen. Der erste Teil findet einstimmige Annahme, während der zweite Teil zurückgezogen wird, weil man die prinzipielle Entscheidung der Delegierten in der auf fünf Minuten beschränkten Redezeit für unangemessen hält. Beschlusses wird ferner, das Protokoll im Druck erscheinen zu lassen, und die auf den vorhergegangenen Gautagen beschlossenen Anträge, soweit sie noch Gültigkeit besitzen, im Protokoll ständig weiter zu führen.

Nach einem kräftigen Schluss- und Dankeswort an die Kollegen Grümmas und mit der Mahnung, daß jeder seine ganze Kraft ständig in den Dienst des deutschen Holzarbeiterverbandes stellen möge, schließt der Gauvorstand um 8½ Uhr mit einem Hoch auf den Verband den vierten Gaustag.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 7. Januar.

Achtung, Tischler! Zu den Differenzen in der Weißmöbelfabrik von Wagner u. Binkeleff ist zu berichten, daß die Firma alle Anstrengungen macht, Arbeitswillige zu erhalten. In den diesbezüglichen Interaten in bürgerlichen Blättern hält es die Firma für zweckmäßig, ihren Namen nicht anzugeben, sondern nur "Lindenau, Angerstraße", wahrscheinlich in der Erkenntnis, daß sonst überhaupt schwerlich jemand hingehen würde. Leider haben sich am heutigen Tage von den Beteiligten vier gefunden, die den übrigen in den Nieden gefallen sind. Zwei davon sind ledig. Mit einigen sonstigen Arbeitswilligen sind gegenwärtig 10 Tischler als Klausreicher bei der Firma tätig.

Zum **Leipziger Bankprozeß** ist noch mitzuteilen, daß die sechs Aufsichtsratsmitglieder wegen Verhältnisierung, die beiden in Haft befindlichen Direktoren Egner und Gentzsch aber wegen betrügerischen Bankrotts angeklagt sind. Für die letztere Strafsache ist das Schwurgericht zuständig. Da die ganze Sache im Zusammenhang verhandelt wird, werden auch die Aufsichtsratsmitglieder vor dem Schwurgericht zu erscheinen haben. Die Verhandlung dürfte etwa eine Woche in Anspruch nehmen.

Die Baustättigkeit in Leipzig. Im Jahre 1901 sind in unserer Stadt 961 Neubauten mit 3077 Wohnungen und 393 gewerblichen Anlagen fertig gestellt und baupolizeilich abgenommen worden. Im vorhergegangenen Jahre wurden 984 Neubauten mit 3455 Wohnungen und 388 gewerblichen Anlagen fertig gestellt. Abgebrochen wurden im Jahre 1901 55 Gebäude mit 107 Wohnungen und 26 gewerblichen Anlagen, gegen 75 Gebäude mit 124 Wohnungen und 85 gewerblichen Anlagen im Vorjahr.

Konsumverein Leipzig-Plagwitz. Das mit 31. Dezember 1901 zu Ende gegangene erste halbe Geschäftsjahr der Genossenschaft schloß mit einer Einnahme im Monat Dezember von 1124 433,84 M. Im Monat Dezember 1900 wurden 1.056 002,29 M. vereinnahmt. Wie geben hier die Monats-Einnahmen in beiden korrespondierenden Jahreshälften:

1900	1901
Juli . . . 703 862,87 M.	Juli . . . 763 573,82 M.
August . . . 764 687,77 "	August . . . 800 198,77 "
September . . . 666 977,72 "	September . . . 725 932,18 "
Oktober . . . 737 641,62 "	Oktober . . . 810 448,08 "
November . . . 863 228,44 "	November . . . 915 261,60 "
Dezember . . . 1.056 002,29 "	Dezember . . . 1.124 433,84 "

Sa.: 470 240,71 M. Sa.: 5 157 242,74 M.

Im Monat Dezember 1901 sind der Genossenschaft 650 Personen als Mitglieder beigetreten.

Dem fehlenden unbefoldeten Stadtrat Dürr ist beim Auscheiden aus dem Ratkollegium vom Ministerium des Innern der Titel Stadtrat dauernd verliehen worden.

Die internationale aeronautische Kommission macht folgendes bekannt: Am Donnerstag den 9. Januar findet in den Morgenstunden eine internationale wissenschaftliche Ballonfahrt statt. Es steigen bekannte und unbekannte Ballons auf in: Trappes, Paris, Strasburg, München, Wien, Krakau, Berlin, Petersburg, Moskau, Blue Hill Observatory bei Boston, U. S. A. Der Finder eines jeden unbekannten Ballons erhält eine Belohnung, wenn er der jeden Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig bringt und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet. Auf eine vorsichtige Behandlung der Ballons und Instrumente wird besonders aufmerksam gemacht. Um Verlust zu verhindern, wird darauf aufmerksam gemacht, daß für Hilfsleistungen beim Landen eines bekannten Ballons besondere Vergütungen bezahlt werden, deren Höhe jedesmal von dem Ballonführer festgestellt wird.

Eisenbahnhunfall bei Kleinzschocher. Auf der sächsischen Bahn fuhr am Sonnabend infolge falscher Weichenstellung ein Rangierzug auf eine Anzahl anderer Güterwagen auf. Der die Bremsen des Zuges bedienende 23 Jahre alte Rangierer Emil Martin geriet hierbei zwischen zwei Wagen, wobei ihm der rechte Arm gebrochen wurde. Nach Anlegung eines Rollverbands erfolgte die Überführung des Verunglückten in das Stadtkrankenhaus. Der entstandene Materialschaden ist nicht unbeträchtlich.

Obdachlose Proletarier. In der Zwangsarbeitsanstalt in O.-Thonberg faulen in der Nacht zum Sonntag 102 und in der Nacht zum Montag 139 obdachlose Personen Aufnahme.

Bon dem Sturme, der gestern nachmittag wütete, wurde am Bayerischen Bahnhofe eine auf dem Wege nach der Absatzseite stehende Fahnenfahne umgebrochen. Unglückschwer wurde von der Stange ein in der Burgstraße wohnender Schneider, der gerade vorüberging, am Kopf getroffen und verletzt, zum Glück aber nicht erheblich.

Selbstmord. Im Krautenhause verstorben ist am 4. d. M. jener 22 Jahre alte Barbier, der sich aus Verzweiflung über schlechten Geschäftsgang in seinem Geschäft am Grimmaischen Steinweg eine Kugel in den Kopf geschossen hatte.

Selbstmord im Polizeigefängnis. In der Aufregung über eine verwirkte Haftstrafe stürzte sich am Sonnabendabend eine aus Tarpen bei Graudenz gebürtige Frauenservant im Polizeigefängnis vier Stockwerke hinab. Die Unglückschwe

der Hauptstrafe in Entrüttlich gelegener Wohnung tot aufgefunden. Der Beweggrund zum Selbstmord dürfte in Krankheit zu suchen sein.

Leichenfund. Im Pleißenflusse hinter dem Zoologischen Garten wurde am Sonnabend der Leichnam eines erstickten Mannes aufgefunden. Vermutlich ist der Tote identisch mit einem seit dem 30. November vermissten 42 Jahre alten Arbeiter aus Leipzig, der zuletzt in der Kohlgartenstraße Nr. 24 wohnte.

Eine Gasexplosion fand am Sonnabend vormittag in einem Warenbazar in der Neueren Hölzchenstraße zu L.-Gohlis statt. Der dadurch entstandene Schaden an Material ist nicht unerheblich. Zwei Personen, ein in dem Bazar thätiger Handlungshelfer und ein 19 Jahre alter Schlossergeselle, erlitten im Gesicht Brandwunden, die jedoch zum Glück nicht gefährlich sind.

Durch das Explodieren einer Petroleumlampe entstand am Sonnabend früh in einer Wohnung der Südstraße Feuer. Die alarmierte Feuerwehr besiegte den Brand sofort. — In der Küche einer Wohnung am Peterssteinweg gerieten gestern abend zwei mit Kohlen angefüllte Kästen in Brand. Letzteren beteiligte ebenfalls die Feuerwehr.

Nach Unterschlagung von 1557 Mark ist der am 15. April 1879 in Hamburg geborene Commiss Theodor Eugen Wendler von hier flüchtig geworden. Wendler ist mittelgroß, von schlauer Gestalt, hat blondes Haar und längliches, gerades Gesicht.

Alte Polizeinachrichten. Verhaftet wurde ein 25 Jahre alter, schon mehrfach vorbestrafter Klempner von hier, dem der töricht verübte Diebstahl eines Handwerkskastens mit Klempnerwerkzeug aus einem Neubau der Ferdinand Rhede-Straße zur Last fällt und von anderen Neubauten aufgedreht zu Blitzeableitern gestohlen hat. Ein Teil der gestohlenen Gegenstände wurde noch im Besitz des Diebes vorgefunden.

Wegen begangener Sittlichkeitsverbrechen erfolgte die Festnahme eines 16jährigen Märschelings aus Neuhaus und eines 18jährigen Bingelegers aus Naumburg.

Ein 22 Jahre alter Arbeiter aus Brandis wurde festgenommen, weil er auf der Torgauer Straße in L.-Sellerhausen mehrere Personen mit offenem Taschenmesser bedroht hatte.

Unter falschem Namen mietete sich ein 28jähriger Bauarbeiter von hier bei einer Familie im Naundörfchen ein und verschwand plötzlich, als die Höhe seiner Schuld auf 70 M. aufgelauert war. Jetzt stellte er sich selbst der Polizei.

Eine Beteiligte hat am Sonntag in einer Konditorei der Südstadt die aus Pappo hergestellte Nachbildung eines Bismarckstüdes als echtes Geldstück in Zahlung gegeben, worauf sie mit der Berliner Bahn abgerissen war. Die Schwindlerin, die dasselbe Mäander schon einige Male, allerdings ohne Erfolg, versucht hatte, wurde auf telegraphische Verständigung der Polizei in Witterfeld verhaftet.

In Haft genommen wurde auch ein 42 Jahre alter, schon oft bestrafter Arbeiter aus Klein-Crostitz, der kurz vor Weihnachten vom Floßplatz für 100 M. Christbaumstäbe stahl, die er zu Gelde mache. Ein wegen Betrugs schon oft bestrafter, 24 Jahre alter Tischler aus Blasewitz spielte sich gegenüber einer in der Westvorstadt wohnenden Familie als Beamter einer auswärtigen Gefangenanstalt auf und beschwirrte die Familie um 36 M. Der Vertrüger wurde verhaftet.

Von einem frechen Diebe wurde am Sonntag gegen 8 Uhr am Floßplatz einem Dienstmädchen ein Handtäschchen aus schwarzem Leder mit Messingbügel und gelbem Kutter gewaltsam aus der Hand gerissen. Der Dieb, der in dem Täschchen wahrscheinlich Geld vermutete, entkam leider. Er wird beschrieben: 16—17 Jahre alt, bekleidet mit graubraunem Anzug von Manchesterstoff und braunem Hut.

Durch Sellerhäuser sind in der Albertstraße 16 Glasflaschen Rotwein, Marke Haut Brion und 2 Gläsern Niedersheimer Weißwein im Werte von 260 M., und in der Handstraße 20 Gläsern Champagner, Marke Bruguet und Jubel, sowie 20 Gläsern Weißwein verschiedener Marken, im Werte von ca. 160 M. entwendet worden.

In der Ritterstraße wurde am 4. d. M. ein Fahrrad, Marke Undine Nr. 028, gestohlen.

Am Sonnabend ist aus einer Restauration in der Burgstraße ein Winterübergießer von schwarzem Kreimertopf mit Monogramm EF im Kutter, sowie ein Sommerübergießer von schwarzem Stoffe von der Firma Hollenkamp gestohlen worden.

Von Bubenbach sind in der Göschentstraße in L.-Neudörfel 6 große Schaukastenscheiben durch Äxte mit einem scharfen Gegenstand beschädigt worden.

Am Blücherplatz wurde am Sonntag abend eine Frau aus Plagwitz in dem Augenblide, als sie einen Straßenbahnwagen bestieg, von einer vorüberfahrenden Drosche ungerissen und mehrfach verletzt. Die Verunglückte wurde in ihre Wohnung gebracht.

und sich von da ab bis zur Indemnität im Jahre 1866 regelmäßig ausfüllten ließ. Ein wertvoller Siegelring, ein altes Familien-Erbstück, war der Gegenstand, der regelmäßig der Pfändung verfiel. Neitenbach war auch einer der Gründer des Elster-Bürgers- und Bauernfreund, der stets auf der äussersten Linke stand.

Parteipresse. Zur die Redaktion der Neuen Zeit ist der Parleigensee Emanuel Wurm eingetreten.

Vereine und Versammlungen.

Die Steinseher

nahmen am Sonnabend den 4. Januar in einer nach Stadt Gotha einberufenen öffentlichen Versammlung Stellung zu der von den Meistern beabsichtigten Aenderung der Lohns- und Arbeitsverhältnisse. Bekanntlich wollen die Meister statt des bisherigen, am Gewerbezgericht vereinbarten Minimallohnes von 60 Pf. pro Stunde einen Lohn von 55-60 Pf. zahlen. Die von den Steinsehern am Gewerbezgericht beantragte Einigung ist von den Meistern abgelehnt worden. Hauptfachlich wenden sich die einzelnen Redner, darunter auch die Mitglieder des Gesellenausschusses, gegen das Schriftstil, womit die Meister die Ablehnung der Einigungsschaltung begründet haben. Die Meister hätten, so wurde ausgeschaut, die Abmachungen vor dem Einigungskomitee falsch aufgestellt, darum sei auch den Arbeitern nur in einzelnen Fällen mehr als der vereinbarte Minimallohn gezahlt worden. Die Meister dienten aber nicht glauben, daß die Lust zur Arbeit durch eine Lohnkürzung gesteigert werde. Die Meister geben auch an, die von den Arbeitern gewählte Kommission nicht zu kennen. Wenn aber diese Kommissionsmitglieder nach Arbeit nachfragen, so sind sie den Meistern so gut bekannt, daß man ihnen nirgends Beschäftigung bleibt und lieber auswärtige Steinseher einstellt. Es wurde einstimmig beschlossen, beim Gewerbezgericht nochmals um Unterhandlungen nachzuforschen, in der Annahme, daß sich die Meister infolge der neuen Bestimmungen des Gesetzes, betreffend die Gewerbezgerichte, den Unterhandlungen nicht mehr so gern entziehen können. Ein weiterer Beschluss besagt, daß kein Steinseher unter 60 Pf. pro Stunde arbeiten soll und der Zugang nach Leipzig bis zur Beseitigung der Differenzen zu vermeiden ist. Im übrigen protestierte die Versammlung entschieden gegen die Schreibweise der Innung, in der die Arbeiter als faul, gleichgültig und energielos bezeichnet werden.

Von Nah und Fern.

Ein Unfall Virchows.

Berlin, 5. Januar. Geheimrat Rudolf Virchow fuhr gestern abend mit der Straßenbahn von seiner Wohnung in der Leipziger Straße. In der Nähe des Kriegsministeriums wollte er aussteigen. Obwohl der Wagen bereits wieder in Bewegung sprang Virchow ab, glitt aus und brach ein Bein. Er sank bewußtlos zusammen, die Umstehenden erkannten ihn aber, und ein Polizeibeamter brachte ihn in einer Trage in seine Wohnung. Virchow hat bekanntlich am 13. Oktober v. J. sein achtzigstes Lebensjahr vollendet.

Die Verletzung Virchows besteht in einem unkomplizierten Bruch des Schenkelhalses. Das Allgemeinbefinden des Patienten ist das deutbar beste; Fleber ist nicht vorhanden. Virchow wird mehrere Wochen das Bett hüten müssen.

Verbrecher verhaftet.

Schierstein a. N., 6. Januar. Der 16 Jahre alte Bureau-gebühr Krugmann, der am Freitag nach Unterschlagung von 25000 Mk. aus Querstadt flüchtete, wurde samt seinem Complicen, dem 27jährigen Gelbgießer Pöhöhl, von einem Kriminalschubmann in Frankfurt a. M. verhaftet.

Risiko der Arbeit.

Kassel, 6. Januar. Heute vormittag wurden in der Thongrube der Schmelzgießfabrik Höbel u. Söhne in Groß-Almerode zwei Inhaber der Firma und ein Maschinist, welche sich zur Revision in den Schacht begaben, durch giftige Gase getötet. Hereinbrechende Wassermassen machten vorerst die Bergung der Leichen unmöglich.

Lechte Nachrichten.

Eine Rede Chamberlains.

Birmingham, 7. Januar. Der Kolonialminister Chamberlain hielt gestern hier eine Rede, in der er für den Imperialismus eintrat und erklärte, England sei die liberale Nation, die die Welt jemals gesehen habe, ebenso aber auch die am meisten gehasste. Die anderen Völker beneideten England und verleumdeten es in der häßlichsten, verdammenswertesten und schändlichsten Weise, sie laueren mit Freude auf seinen Sturz, den sie nahe wählten. Es sei durchaus falsch, daß diese Feststellung darin ihren Grund habe, daß die gegenwärtige Regierung, besonders der Kolonialsekretär, nichts tauge, vielmehr sei es gerade so gewesen zur Zeit von Pitt, Melbourne, Wellington und Palmerston. Das englische Volk müsse sich auf sich allein verlassen, umgeben und unterstüzt in seiner glänzenden Vereinfassung von den Blutsverwandten in Australien, Kanada und in anderen Kolonien.

Chamberlain fährt fort, er beklage zwar den Krieg, er würde aber doch den Krieg mit allen seinen Schrecken einem unwürdigen Preisgebin der ererbten Stellung Englands vorziehen. Lieber müsse jedes Opfer gebracht werden, als daß England auf die Stellung eines gesunkenen Staates herabgedrückt werde und des Vertrauens der blutsverwandten Völker verlustig gehe, die dann in Zukunft an Macht und Wohlstand mit ihm erfolgreich wetteifern würden.

Es sei von der höchsten Wichtigkeit, daß England sich seine Märkte erhalte; es müsse sich darauf vorbereiten, den berechtigten Wettbewerb zu bekämpfen. Man habe in letzter Zeit viel von einer Krise der britischen Industrie gesprochen, indessen habe er kein Zeichen einer die unmittelbare Wohlfahrt des Landes bedrohenden Gefahr beobachtet. Die Aussichten für die Entwicklung des Handels seien ausgezeichnet; doch sei es angesichts der Entwicklung der Wissenschaft im Auslande gewiß, daß England ernsthaft leiden würde, wenn die englischen Fabrikanten sich nicht die sich ihnen bietenden Gelegenheiten zu Nutze machen, um die höchsten theoretischen Kenntnisse im Verein mit praktischer Erfahrung zu erwerben. Der Minister erklärte ferner, er erkenne vollständig das Recht der Arbeiter auf eine Besserung ihrer Lage an; die Arbeiterkündigte genossen seine herzliche Unterstützung, solange sie den Arbeitern die Mittel böten, zusammenzuarbeiten, um von den Arbeitgebern bessere Bedingungen zu erlangen, aber jeder Versuch, die Produktion durch die Arbeiter auf ein niedriges Niveau zu verringern, würde für die allgemeine Wohlfahrt verhängnisvoll sein. Chamberlain nahm sodann auf die Frage der Herabsetzung der Liberalen und Unionisten und auf die Rede Bezug, die Rosebery kürzlich in Chesterfield gehalten hat, und in der er sich von Home Rule für Irland loslöste. Chamber-

lain bemerkte, ihn habe das Gerücht bestätigt, daß in gewissen Kreisen über diese verlorene Söhne umgehe; er wünschte, ehe irgend ein verlorener Sohn aufgenommen werde, zu wissen, ob seine Bekehrung wirklich aufrichtig sei. Darauf sprach der Minister von dem südafrikanischen Kriege und betonte, die Mehrheit der Engländer sei darüber einig, daß der Krieg eine Notwendigkeit gewesen sei, und ohne ernste Opfer an Interessen und Ehre Englands nicht habe vermieden werden können. Er sei überzeugt, daß das Urteil der Geschichte mit dem Urteil seiner Landsleute übereinstimmen werde. Der Redner stellte in Abrede, daß der Beleggrund zum Kriege in schmückigen Interessen gelegen habe, und erklärte, daß Urteil der Geschichte werde das sein, daß England keine andere Wahl gehabt habe, und daß es, wenn es den Bürgern alles Verlangte zugestanden hätte, Südafrika und das Vertrauen der Kolonien würde verloren haben. Das englische Volk zeigte sich seiner Lieferungen in bewerkstelligster Weise würdig, da es sich auf die Höhe seiner Verpflichtungen erhoben, und alle Opfer gebracht habe, um den Krieg zu einem befriedigenden Ende zu führen.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Dienstag den 7. Januar: 6. Abonn.-Vorstellung (2. Serie, rot):

Die Zwillingsschwester.

Uraufführung in 4 Akten von Ludwig Fulda.

Einlaß 1/7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. **Schaus.-Preise.** Spielplan: Mittwoch: Carmen. Anfang 7 Uhr. — Donnerstag: Florio und Flavio. Vorher: Die Frage an das Schicksal. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Zum erstenmal wiederholt: Luisa. Anfang 1/7 Uhr. — Sonnabend: Goethes Faust. I. Teil. Anfang 1/7 Uhr.

Altes Theater.

Dienstag den 7. Januar:

Der Zigeunerbaron.

Operette in 3 Akten. Nach einer Erzählung W. Jolais von J. Schnizer. Musik von Johann Strauss.

Einlaß 1/7 Uhr. Anfang 1/8 Uhr. Ende nach 10 Uhr. **Gew. Preise.** Spielplan: Mittwoch: Frau Holle. Anfang 3 Uhr. Maria Stuart (11. vollständige Vorstellung zu halben Preisen). Anfang 7 Uhr. — Donnerstag: Der Bettelstudent. Anfang 1/8 Uhr. — Freitag: Stein Doppelpänger. Vorher: Wibel sei schlau! Anfang 1/8 Uhr. — Sonnabend: Frau Holle. Anfang 3 Uhr. Die schöne Helena. Anfang 1/8 Uhr.

Carola-Theater.

Dienstag den 7. Januar:

Gastspiel Sada Yacco, O. Kawakami mit dem Ensemble des Kaiserlichen Hoftheaters in Tokio bestehend aus Original-Japanern.

Die Geisha und der Kitter.

Drama in 2 Akten.

Heraus!

Drama in 4 Szenen.

Nach dem 1. Stück findet eine Pause von 15 Minuten statt. Einlaß 1/7 Uhr. Anfang 1/8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. **Erhöhte Preise.**

Auskunfts in Rechtsfragen.

W. J. Sonnewitz. Sie können den Besteller auf Abnahme beim Amtsgericht verklagen.

Wer hat Recht? Nach Duben mit e; die Neue Welt hat aber noch alte Orthographie.

G. R. Kleinzschocher. 1. Geburtschein. 2. Das Gesuch ist beim Amtsgericht anzubringen, auch ist ministerielle Dispensation erforderlich, wenn Sie eigene Kinder haben oder das fünfjährige Lebensjahr noch nicht vollendet haben. 3. Die Kosten sind nicht bedeutend. 4. Ist nicht erforderlich.

Streitkörper Rosenkranz. Wir wissen das nicht. Fragen Sie doch bei Genossen Baudert in Apolda mittels Postkarte direkt an.

G. B. Stützlebach. Zur Gründung einer Buschkußfe fehren Sie keinerlei Genehmigung, wenn die Kasse nicht befreien soll vom Betritt zu einer auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Kasse. Eine solche Kasse kann ganz nach dem freien Erwerben der Mitglieder ausgestaltet werden.

D. B. 100. Ja, wenn das Kind nach dem 1. Januar 1900 geboren ist, sobald sich die Unterhaltspflicht nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch bestimmt.

B. 10. Sie haben überhaupt keinen Anspruch auf Rückforderung. Es steht deshalb lediglich in Ihrem Erwerben, ob Sie auf die Zahlung des Pflegegeldes eingehen wollen oder nicht.

141. Sächsische Landeslotterie.

Ziehung vom 7. Januar.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 101 Mark gekennzeichnet.

(Obne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

30000 auf Nr. 63231 bei Herrn C. Louis Tauber in Leipzig.

20000 auf Nr. 93163 bei Herrn Reinhard Beyold in Tharandt.

10000 auf Nr. 17202 bei Herrn George Weyer in Leipzig.

5000 auf Nr. 93141 bei Herrn Theodor Timoens in Dresden.

516 958 940 300 224 779 796 413 182 173 (200) 249 673

198 171 890 1506 676 773 228 57 74 202 766 85 65 19 169

48 861 5 631 186 199 114 554 829 83 2384 666 545 247 218

580 835 678 585 84 479 798 901 889 985 804 82 57 944 3073

363 183 224 630 (2000) 670 (200) 546 927 248 (1000) 276 20

955 398 138 103 020 870 170 595 887 982 545 287 167 4508

218 402 214 82 862 62 788 240 501 897 404 870 311 21 (1000)

932 346 65 754 571 554 922

5875 755 (2000) 386 927 926 546 105 809 87 526 57 (500)

615 228 204 21 847 110 394 995 48 19 757 190 6000 146 203 820

845 442 914 852 976 518 267 61 428 665 106 138 (200) 756

581 988 118 7001 407 175 17 224 784 421 412 112 709 728

(200) 166 (200) 922 651 (500) 688 902 498 791 702 616 680

808 663 193 988 (200) 940 8169 815 988 9 17 232 628 362

500 837 238 704 573 750 503 12 747 748 662 9605 47 311

880 728 2 758 737 986 667 307 (200) 345 879 688 987

10653 908 264 (2000) 248 254 54 (2000) 214 927 24 281 5

450 943 960 128 11971 741 256 423 447 408 486 480 529 657

804 102 (200) 881 (200) 124 803 572 866 12158 986 102 415

929 251 69 803 206 187 995 387 57 312 430 11 950 878 112 51

808 684 18709 802 168 85 694 764 648 667 606 81 94 922

660 152 40 322 523 858 502 601 682 284 710 349 (200) 14451

89 627 108 985 897 269 328 (200) 972 271 508 865 367 828

54 904

15062 334 858 258 997 (200) 73 986 054 481 280 389 297

940 190 23 451 682 795 844 854 (500) 16091 254 856 184 479

595 (500) 94 890 478 996 588 221 (200) 623 17122 887 903 640

261 202 (10000) 370 894 625 408 458 588 478 688 301 811 164

798 18044 228 510 688 581 (900) 868 275 8 312 910 979 251

448 19891 755 434 114 959 97 451 926 773 134 652 9

2. Beilage zu Nr. 4 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, 7. Januar 1902.

Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter im 11., 12., 13. und 14. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Die Konferenz, die am Sonntag den 5. Januar im Albertgarten zu Leipzig-Angers abgehalten wurde, wurde vormittags 14.12 Uhr vom Stadtverordneten Lehmann - Leipzig eröffnet, der im Auftrage der Leipziger sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion die Konferenzteilnehmer willkommen heißt und in dem zahlreichen Besuch einen Beweis für das Bedürfnis zu einer derartigen Konferenz erblidet.

Anwesend waren 77 Gemeindevertreter aus 40 Gemeinden; außerdem wohnten der Konferenz zahlreiche Parteigenossen als Gäste bei.

Zur Leitung der Verhandlungen werden Lehmann - Leipzig und Stoye - Leuchow als Vorsitzende und Behrens - Döbsch als Schriftführer bestimmt.

Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: Zum Steuerwesen in den Gemeinden. Hierüber referierte Lehmann - Leipzig. Das Gemeindesteuerwesen sei zu einer aktueller Frage geworden, weil durch ein Dekret der Regierung und durch eine Riede des Ministers v. Weißsch eine generelle Regelung desselben angekündigt worden sei. In Preußen sei eine derartige Regelung bereits anfangs des neunziger Jahre vorgenommen worden; andere Staaten seien diesem Beispiel gefolgt und auch die in Sachsen in Aussicht gestellte Regelung lehne sich an die preußische an. Die beiden sächsischen Kammern beauftragten 1893/94 die Regierung, eine anderweitige gesetzliche Regelung der Vorschriften über Ausbringung von Gemeindeanlagen beabsichtigt. Die Abgrenzung des Besteuerungsgebietes einerseits des Staates, andererseits der politischen Gemeinden vorausnehmen. Die Ausführung des Auftrages ist damals unterblieben.

Nach einer Zusammenstellung, aus dem Jahre 1890, die dem gegenwärtigen Landtag mitgeteilt worden ist, war in 143 Städten eine Einkommensteuer eingeführt. 75 Städte hatten lediglich Einkommensteuer, 34 Städte hatten Einkommen- und Grundsteuer, 6 Städte hatten Einkommen-, Grund- und Kopfsteuer, 5 Städte hatten Einkommen- und Mietsteuer, und je 1 Stadt hatte Einkommen-, Grund-, Kopf- und Mietsteuer bezw. Einkommen- und Vermögenssteuer. 50 oder 42 Prozent der Städte erhoben die Einkommensteuer im Anschluß an die Staats-einkommensteuer und 83 oder 88 Prozent hatten selbständige Gemeindeeinkommensteuer. In den Städten der Kreishauptmannschaften Zwickau und Döhlen wurde über 90 Prozent des Gewerbedatums durch die Einkommensteuer ausgebracht; in den Städten der Kreishauptmannschaft Leipzig etwas über 80 Proz. und in denen der Kreishauptmannschaft Dresden nur 44 Proz. In den Städten kommen durchschnittlich 127,7 Ml. in den Landgemeinden 131 Ml. Gemeindesteuern auf 100 Ml. Staatssteuern. Über die Steuerart in den Landgemeinden läßt sich nur genauer überblicken, doch erhoben 1000 Kopf- und Grundsteuer, 44 Grund- und Einkommensteuer, 340 Einkommensteuer, 70 Kopf-, Grund- und Einkommensteuer, 10 Kopf- und Einkommensteuer. Lediglich durch Einkommensteuer wurde in den Landgemeinden der 4 Kreishauptmannschaften etwa über die Hälfte des Bedarfs erhoben und zwar im ganzen 5 683 243 Ml. Gemeindeeinkommensteuer. Insgesamt standen 80 134 164 Ml. direkte Gemeinde-, Acker-, Kirchen- und Schulanslagen gegenüber 5 584 932 Ml. indirekte Abgaben.

Am 18. Dezember habe man sich nun in der Zweiten Kammer mit dem Dekret über die Regelung des Gemeindesteuerwesens beschäftigt. Die Ausführungen einiger Redner mißten den Anschein erwecken, daß man mehr als bisher auf die Einführung in direkter Abgabe zurückgäbe. Es sei auch erklärt worden, daß ein Gesetz zur Regelung der Gemeindesteuern als ein Eingriff in die Autonomie der Gemeinden angesehen werden müsse. Diesem Standpunkt könne man nicht ohne weiteres zustimmen. Wenn auch darauf geschritten werden müsse, die Selbstständigkeit der Gemeinden zu schaffen und zu erhalten, so könnte man doch eine generelle Regelung des Gemeindesteuerwesens nur begleichen. Eine Verschlechterung der heutigen Zustände sei darin um so weniger zu erblicken, als auch bisher die Verwaltungsbürokratie von ihrem Genehmigungsberecht den weitgehenden Gebrauch gemacht haben. Die Erhebung einer Gewerbesteuer müsse staatlich geregelt sein, weil sonst die Orte, die eine solche Steuer eingeführt haben, unter einer gewissen Konkurrenz derjenigen Nachbarorte zu leiden haben, wo diese Steuer nicht besteht. Selbstverständlich müsse nebenher eine ausgleichende Einkommensteuer bestehen, auch sei die Einführung einer Kapitalrentensteuer notwendig. Gegen die Einführung indirekter Abgaben habe man sich aber entschieden zu wenden. Die bevorstehende Steuerregulierung schließe auch die Gefahr einer Erhöhung der Gebühren auf Unzulässigkeiten in sich. Auch hiergegen sei entschieden anzukämpfen. Die Gemeinden sollten mehr als bisher gewerbliche Unternehmungen einrichten und sich die Erträge hieraus sichern. In einzelnen Gemeinden habe man auch Stellung gegen die Einführung und gegen das Vorstellen des Kopfsteuer, die die ungerechte Steuer sei, zu nehmen.

In der folgenden Diskussion weist Müller - Grobisch auf die verschiedene Höhe der Besteuerung in den einzelnen Gemeinden hin. Er hält eine Aussprache darüber für wichtig, wie man sich zu der ganzen Steuerfrage stellt.

Starke - Wechselburg will die Ausarbeitung neuer Steuerregulative in den Gemeinden hinauszögern, bis die Regierung mit bestimmten Plänen hervortritt. Durch eine generelle Regelung des Gemeindesteuerwesens würden manche Pflichten bestätigt werden.

Genosse Gehe - Leipzig: Die gegenwärtige Zeit sei für die staatliche Regelung des Gemeindesteuerwesens äußerst ungünstig, so daß man annehmen kann, daß für die Gemeinden nichts Gutes herauskommt. Nach der Rede des sächsischen Finanzministers sei anzunehmen, daß das Deficit in Sachsen nicht nur 50, sondern 80 Millionen Mark betrage. In einer solchen Situation, wo der Staat recht viel für sich heranzuziehen sucht, werden die Gemeinden schlecht wegkommen. Die Regelung des Gemeindesteuerwesens sei seit langer Zeit eine brennende Frage; nunmehr soll eine Aenderung geschaffen werden, aber wie diese Aenderung vor sich gehen soll, darüber sei man sich noch nicht klar. Seiner Zeit habe man als ein Verlegenheitsausfallsmittel die Unzulässigkeit geschaffen, jetzt aber, wo man nicht weiß, auf welchem Gebiete die Steuern erhoben werden sollen, sei zu befürchten, daß die Einzelstaaten mit dem Reich in Konflikt geraten. In den Staaten wie im Reich werden bereits indirekte Steuern erhoben und man wolle man solche Steuern auch noch in den Gemeinden erheben. Entweder werde das Reich dagegen Einspruch erheben, oder es werde sich überhaupt nicht darum scheren. Die Unzufriedenheit der Steuerzahler muß aber dadurch noch mehr erzeugt werden. Der Polizei sei auch nur ein mit vielen Positionen geplantes Formular für indirekte Steuern. Lebhaft will man recht viel herausfinden, weiß aber noch nicht, wie man es am besten anstellen soll. Wenn die Anerkennung des verstorbenen Landtagspräsidenten Adermann stimmt, wonach erst bei einem Jahresverdienst von 800 Ml. ein menschenwürdiges Dasein beginnt, so sollte man doch das menschenwürdige Dasein nicht noch mehr belassen. In den größeren Gemeinden müssen gewisse Dinge im Selbstbetrieb genommen werden, um dadurch Ersparnis und Gewinn zu erzielen, während in den kleineren Gemeinden unter allen Umständen die Kopfsteuer bestätigt werden

müssen. Die alte Zweideutigkeit des Ministeriums Weißsch habe sich auch in diesem Falle im Landtage wieder gezeigt.

Lange - Leipzig: Würde hätten indirekte Abgaben in den Gemeinden, soviel sie zulässig waren, der Genehmigung des Ministeriums unterlegen. Jetzt werden diese Abgaben sogar empfohlen. Gegen die Kopfsteuer sei schon mancher Kampf geführt worden; da sei ein wenig erwähnenswert, daß im europäischen Ausland die Kopfsteuer durch einen Erlass des Rates aufgehoben worden sei. Man sollte bei der Besteuerung die Einkommen, die nicht aus direkter Arbeit stammen, schärfster heranziehen.

Müller - Markranstädt will die Beobachtung gemacht haben, daß der Eisodus derjenigen, die über die Besteuerung zu befinden haben, bei der Festsetzung der Steuer eine große Rolle spielt. Er habe selbst einen Landtagsabgeordneten in öffentlicher Versammlung sagen hören, daß sich jeder bei der Schaffung neuer Steuern fragen werde, wieviel er selbst dabei zu zahlen habe und je nach der eigenen Lage werde er die Abstimmung einrichten. Auch Markranstädt sei ein Elberad insdirekter Steuern, wo die nächsten Interessen zum Vorschein kommen und ein Kämmersparlament bestrebt sei, die eigenen Lasten auf die Schultern anderer abzuwälzen. Damit, daß diese Steuern schon länger bestehen, versucht man dann ihre Berechtigung nachzuweisen.

Stoye - Leuchow verweist darauf, daß selbst noch in der Nähe von Leipzig Kopfsteuer erhoben wird, während

Meihsen - Liebertwolkwitz seine Erfahrungen der Aufstellung des dortigen Steuerregulativs schildert, die allerdings bessere seien, als wie man sie in Markranstädt gemacht habe. Es sei zwar nicht gelungen, die geringeren Einkommen von der Steuer zu befreien, weil nur die im Landwirtschaftlichen Bereich und in Klein- und Mägden einen Vorteil davon haben. Den Familienvätern sollte aber auf ihr Anteil hin die Steuer erlassen werden. Nachdem noch Weiß - Rochsburg und Kühn - Stahmeln zu diesem Punkte gesprochen haben und Müller - Grobisch noch besonders erzählt hat, darauf zu achten, daß die zeitweilig von den Steuerbefreiten Personen ihr Wahlrecht nicht verlieren, bemerkt der Referent in seinem Schlusswort, daß die Konferenz Beschlüsse nicht zu fassen brauche, weil seitens der Regierung bestimmte Vorschläge noch nicht vorliegen. Es müsse aber Aufgabe der Gemeindevertreter sein, sich in der nächsten Zeit mehr mit der Steuerfrage zu beschäftigen. Man müsse alle Vorschläge eingehend prüfen und sich vor allem mit aller Entscheidlichkeit gegen indirekte Steuern wenden.

Den 2. Punkt der Tagesordnung bildete das Petitionsrecht der Gemeinden. Der Referent Genosse Kurth - Großschocher führt hierzu aus, daß dieser Punkt neuerdings wieder dadurch aktuell geworden sei, daß in vielen Gemeinderäten die Absendung einer Petition gegen den Brotwucher mit der Motivierung abgelehnt worden sei, daß sie dazu nicht kompetent seien. Dieses Verhalten werde nur angewendet, um die Sozialdemokratie zurückzudrängen, genau wie die Wahlrechtsverkürzungen nur der Furcht vor der Sozialdemokratie entsprangen. In der Amtshauptmannschaft war Stötterich die einzige Gemeinde, wo der Gemeinderat eine Petition gegen den Brotwucher beschloß. Als der Amtshauptmann Kenntnis davon erhielt, daß diese Sache in den verschiedensten Orten von Seiten der Gemeindevertretungen behandelt werden sollte, berief er schleunigst die Gemeindevorstände zu einer Konferenz zusammen, die am 25. September v. J. tagte. Den Gemeindevorständen soll in dieser Konferenz vom Amtshauptmann in gemäßigter Weise zu Gewissheit geführt werden, daß sie derartigen Anträgen energisch entgegen zu treten hätten. Das habe gewirkt; denn danach habe sich keine Gemeindevertretung mehr zur Absendung einer Petition ausschüttigen können. Die „Rechtsbelehrung“, die der Amtshauptmann den Gemeindevorständen zu tellen werden ließ, daß die Absendung von Petitionen gegen den Brotwucher mit der Landgemeindeordnung im Widerspruch stände, tressen nicht zu.

Stadtvertretungen in Preußen, die Petitionen gegen den Brotwucher abgesandt hätten, seien gerade vom gegenteiligen Standpunkt ausgegangen, daß dies gerade Sache der Gemeinden sei. In Sachsen sei dies freilich anders. Bei der Aufstellung von Militärkantinen haben sich die Gemeinden auf einen anderen Standpunkt gestellt. Bei seinem Amttritt habe der Amtshauptmann gesagt, daß er seine Aufgabe darin erblicke, den Schwachen beizustehen. Sein Verhalten in der Brotwucherfrage steht aber mit seinen Worten im Widerspruch. Der Redner fordert zum Schlus auf, das Petitionsrecht der Gemeinden hochzuhalten und legt eine entsprechende Resolution vor.

In der Diskussion über diesen Punkt bemerkte zunächst Genosse Hüttner - Stötterich, daß die seiner Zeit gegen den Brotwucher vom Gemeinderat beschlossene Petition nach der Gemeindevertreterkonferenz wieder zurückgezogen worden sei.

Als drastische Illustration zum Petitionsrecht in Sachsen teilt Genosse Müller - Burzen das Vorkommnis aus dem Burzenzer Stadtverordnetenkollegium mit, wo eine in Schulangelegenheiten an das Kollegium gerichtete Eingabe, ohne daß von ihrem Inhalt Kenntnis genommen worden sei, auf Befehl von einem Schuhmann in den Ofen gesteckt worden sei. Im übrigen bedauert er, daß aus seinem Bezirk kein Vertreter auf der Konferenz anwesend sein könne, und zwar nur aus dem Grunde, etwaigen Maßregelungen aus dem Wege zu gehen.

Lehmann - Leipzig macht auf den Widerspruch aufmerksam, den sich verschiedene Behörden bei den Brotwucherpetitionen zu schulden kommen ließen. So habe die Oberverwaltungsbehörde in einem Streitverfahren der Stadt Stettin das Recht zur Absendung einer Petition gegen den Getreidezoll zugesprochen, weil diese am Getreidehandel hervorragend beteiligt sei. Auch im Leipziger Stadtverordnetenkollegium habe ein Jurist ausgeführt, daß für die Aufhebung des Biercheinfuhrverbots aus dem Grunde gestimmt werden könne, weil Leipzig einen großen Schlachthof habe.

Lange - Leipzig gibt den Vertretern den Rat, in solchen Fällen, wo die Mehrheit Befreiungen fordere, durch die das Petitionsrecht geschmälert werde, Befreiung bei den Oberverwaltungsbehörden zu führen, wenn man auch im voraus sehen könne, welche Antwort erfolgen werde. Dessen ungeachtet müßten sie sich aber äußern und dann habe man Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen.

Nach der Debatte erhält der Referent das Schlusswort, in dem er das Verhalten der Majoritäten in den Gemeinderäten geheilt, die nichts weiter thäten, als bei der Abstimmung zu nicken. Als es sich darum handelt, Beiträge zum Böterschuldenabfall aus Gemeindenbeiträgen zu bewilligen, da habe es nichts genützt, daß an ihr patriotisches Herz appelliert wurde. Aus eigener Tasche den Beitrag zu leisten, lebten sie ab. Da habe es keine Kompetenz, bebenken gegeben, aus dem Gemeindeschädel Gelder zu solchen Zwecken zu bewilligen.

Die nachfolgende vom Referenten vorgeschlagene Resolution fand einstimmige Annahme: Die am 5. Januar 1902 im Saale des Alberggartens zu Lüderitz-Groß-Bremen tagende sozialdemokratische Gemeindevertreterkonferenz protestiert entschieden gegen die Bewilligung der Gemeinden durch die Oberbehörden und wird es stets als Recht der Gemeindevertreter betrachten, die Interessen der Gemeindemitglieder nach jeder Richtung zu vertreten.

Lebhaft die Aufgaben der Gemeinden auf sanierte und feuer sicherheitliche Gebiete sprach Stadtverordneten Lange - Leipzig. Wenn es richtig ist, so führt der Redner aus, daß man leichter zehn Krankheiten verhindern als eine heilen kann, so sei es eine um so größere Aufgabe der Gemeinden, durch geeignete Vorlesungen auf dem Gebiete der Gesundheitspflege thätig zu sein. Besonders sei diese Thätigkeit in Bezug auf das Wohnungsbauen sehr am Platze, denn gerade hier zeigen sich Erhebungen, die zwar eine Folge

der sozialen Zustände sind, die aber gerade aus diesem Grunde die weitgehendste Beachtung verdienen. Es sei charakteristisch,

dass die meisten Erfindungen und Entdeckungen auf dem Gebiete der Hygiene von Deutschen gemacht worden sind, aber nirgends sei man in der Anwendung unpraktischer als bei den Deutschen. Durch das neue Vaigesch sind die Gemeinden verpflichtet, sich mit dem Schutz des Bauarbeiter, mit der Baukontrolle, der Feststellung der Bebauungspläne etc. zu beschäftigen. Aber das Gesetz läßt den hierbei zu schaffenden Ortsgeheimen zu viel Spielraum.

Die Bauhöfen und Grundbesitzer sind nach wie vor die maßgebenden Personen bei Festsetzung der betreffenden Bestimmungen. Da gelte es für unsre Genossen, mit am Platze zu sein. Früher habe man zwar dieser Frage gleichgültig gegenüber gestanden, weil man hierin nicht eine Aufgabe der Partei erblickte. Aber bei allem handelt es sich nicht um geringfügige Interessen,

sondern um Säulen unserer zukünftigen Kultur. Auch die Wasserbeschaffung, der allgemeine Verkehr, die Reinigung der Straßen und Plätze, die Beschaffung von Badegesellschaften, die Errichtung von Spielplätzen und ähnliche Dinge verdienen eine eingehende Beachtung. Nicht jede Gemeinde kann eine Sanitätswache errichten, aber es sei wichtig, wenn selbst in den kleineren Gemeinden der daselbst stationierte Schuhmann zur ersten Hilfeleistung bei Krankheit und Unglücksfällen mit herangezogen würde. Man sollte ihm auf Kosten der Gemeinde Ausbildung gewähren oder eine solche Ausbildung bei der Anstellung als Bedingung stellen. Bei anstehenden Krankheiten und bei Epidemien kann die Gemeinde durch rechtzeitige Vorlesungen den Einzelnen sowie die Allgemeinheit schützen. Sie hat schon aus dem Grunde ein Interesse hieran, weil sie sonst die zurückbleibenden Witwen und Waisen zur Last fallen. Bei Tuberkuloseanfällen ist eine Heilung nur in den seltensten Fällen möglich; sehr leicht ist es aber, dieser verherrlichen Krankheit beizutreten vorzubeugen. Wir hellen Sachen sind auch noch so weit wie die blinden Hessen, bei denen die Koncession der Apotheken direkt an die Gemeinden, nicht wie bei uns, an die Kapitalisten vergeben wird. Auch in Bezug auf die Schularztfrau müßte mehr geschehen und eine bessere Beobachtung der Kinder, der Gebäude sowie auch des Gesundheitszustandes der Lehrer geschaffen werden.

Die Eltern müssen verlangen können, daß ihren Kindern während der Zeit des Schulbesuchs der nötige Schuh gewährt wird. Die Schularztfrau müßte daher ganz selbstverständlich sein. In Leipzig sind im Jahre 1900 von 631 untersuchten Kindern 1748 oder 11 Prozent aller Kinder für eine ärztliche Behandlung reif befunden worden. Aufgabe einer alten Pflichtlosigkeit ist der Lehrer bezüglich der durch das bürgerliche Gesetzbuch schärfster zum Ausdruck gebrachten Haftpflicht haben verschiedene Gemeinden Abschlüsse mit Verjährungsgefehlten geschlossen. Aber die Haftpflicht der Lehrer erstreckt sich nur auf den durch ungenügende Aufsicht oder durch bösen Willen vorsätzlich verursachten Schaden. So weit ist aber auch jeder andere Mensch verantwortlich. Die betreffenden Gemeinden hätten deshalb weniger voreilig sein brauchen und von Fall zu Fall entscheiden sollen.

Auch die Maßnahmen auf feuer sicherheitlichen Gebieten werden bei den einzelnen Gemeinden je den örtlichen Verhältnissen entsprechend ausgestalten müssen. An fast allen größeren Städten kommt durchschnittlich auf 2000 Einwohner ein Feuerwehrmann, während die Kosten pro Jahr und Kopf der Einwohner auf 60 Pfennige belaufen. Vielleicht liege sich zwischen diesen Städten und den um sie herumliegenden Dörfern ein Abkommen treffen, wonach die leichteren bei entsprechenden Verpflichtungen die gleichen Vorteile wie die älteren genießen können. Bei kleineren Gemeinden müsse man eine freiwillige Feuerwehr in der Regel für ausreichend halten als eine Berufsfeuerwehr. Oft glauben unsere Genossen die vom Gemeinderat geforderten Mittel aus dem Grunde nicht bewilligen zu können, weil sich die Feuerwehr an allem möglichen patriotischen Anlaß beteiligt. Es kommt aber in Betracht, daß die Feuerwehr ihrem eigentlichen Zweck genügen müsse.

Müller - Grobisch hält die Einführung der Wasserversorgung nicht nur für eine Neugierlichkeit, sondern für äußerst wichtig in Bezug auf die Gesundheit der Einwohner. Man sollte deshalb überall auf solche Anlagen und auf deren Übernahme in eigene Verwaltung dringen. Neben willigen wird wissen, wie sich die Gemeindevertreter dann zu verhalten haben, wenn solche Anlagen doch in private Hände übergehen oder von diesen ausgeführt werden.

Müller - Stötterich schlägt zunächst die Halterung des dorflichen Gemeinderats gegenüber dem in Stötterich bestehenden Vater. Um die beantragte Übernahme des Vaters hätten sich die Gegner mit allerlei Einwänden herumgedrückt. Es sei ein krasser Widerspruch, daß in nächster Zeit in der Nähe der Erholungsstädtte für Lungentranke eine Dingerablagestelle geschaffen werden sollte. Wir sind in den Gemeindevertretungen noch zu schwach; deshalb sei eine Änderung des Wahlmodus in erster Linie erforderlich.

Küttner - Großschocher glaubt, daß auch die kleinen Gemeinden bahnbrechend vorgehen können; so vor allem auf dem Gebiete der Desinfektion. Bezüglich der Feuerwehr würden auch dem Gemeinderat von der Auffluchtbehörde oft Pflichten auferlegt, die nicht nötig sind und die Einrichtung an ihre Entwicklung behindern.

Kühn - Stahmeln wünscht, daß die vorgesehene Behörde sich des älteren selbst von den vorhandenen Nebenständen überzeugen möge, weil unseren Anträgen im Gemeinderat zu wenig Beachtung geschenkt wird. Der Redner wendet sich noch gegen den Kurzus, der vielfach bei der Gemeindefeuerwehr getrieben wird. Pflieger - Gaußsch verweist noch darauf, daß man nicht nur Väter einführen, sondern die Bevölkerung auch über den Zweck derselben aufklären müsse.

In seinem Schluswort beantragt der Referent die Anfrage des Genossen Müller dahin, daß es besser sei, etwas als gar nichts zu erlangen. Es müsse aber auf eigene Regie hingearbeitet werden. Auch der Unverständ der Massen könne unsere Genossen nicht abhalten.

Müller - Markranstädt referiert hierauf über den nächsten Punkt der Tagesordnung: Zum Schulwesen. Berichtigung hierzu hat ein Bericht aus Marienberg gegeben, wonach in der dortigen Schule für 8 Klassen nur 2 Zimmer und 3 Lehrer bei 270 Schülern vorhanden sind. Die Bevorzugung der besser besuchten Einwohner mache sich leider auch im Schulgesetz bemerkbar. Nach § 12 Abs. 2 dieses Gesetzes sollen die Schüler der einfachen Volksschule bis 10, die der mittleren bis 12 und die der höheren Schule bis 10 Schüler umfassen. Außer dem, was der Staat leiste, sollte man aber auch die Leistungen der Gemeinden kennen lernen. Der Redner schlägt daher vor, eine Enquête über die Verhältnisse in den einzelnen Schulen und Fortbildungsschulen zu veranstalten. Es sollen u. a. Erörterungen angestellt werden über die Zahl der Klassen, die Zahl der Lehrkräfte, über die Schulärzte und ihre Tätigkeit und ob die lehrende periodisch oder nach selbstständigem Erneuern der Schulleitung ausgeübt wird, ferner über die zur Einführung gelangten Schulbücher, sowie über Heizung, Beleuchtung, Ventilation und Reinigung der Schultäume.

Hinrich - Leipzig wünscht, daß sich die Gemeindevertreter dieser Aufgabe recht gewissenhaft unterziehen und schlägt vor, eine fünfzehnköpfige Kommission zu wählen, die die weiteren Vorarbeiten in die Hand nehmen soll.

Wusch - Marienberg bestätigt die von Referenten angeschuldigten Verhältnisse. Bei der Einteilung des Schulunterrichts, die sich für die einzelnen Klassen auf die Zeit von 8-1 Uhr, von 11-1 Uhr und von 1-5 Uhr erstreckt, kommt es vor, daß Familien sich selbst in der Mittagszeit nicht vollständig zusammen-

studien, weil immer ein Kind in der Schule ist. Bis zum Oktober sollen übrigens nur zwei Lehrer angestellt gewesen sein.

Kürtz-Großschober wünscht auch eine Erhebung über die Höhe des Schulgeldes, während Hüttner-Stötterich die dortigen Schulverhältnisse schildert, die erfreulicherweise im Gegentheil zu denen in Marienberg liegen.

Die Erhebung wird hierauf einstimmig beschlossen. In die Kommission zur Ausführung dieses Beschlusses werden die Geistes Müller-Markranstädt, Kürtz-Großschober, Lehmann-Leipzig, Hüttner-Stötterich und Lange-Leipzig gewählt.

Über den letzten Punkt der Tagesordnung: Die Gemeinden als Arbeitgeber, referierte Genosse Metzner-Liebertwolfsky. Unsere Stellung zu diesen Punkten, so führte er aus, sei im Gemeindeprogramm festgelegt. Es handle sich aber darum, die Aufgaben der Gemeinden nach dieser Richtung hin zu erfüllen. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter hätten die Pflicht, darauf hinzuwirken, daß die Gemeindearbeiter höhere Löhne erhalten und auch die Gehälter der unteren Beamten aufgestockt würden. Am besten würde die Einführung von Lohnstaffeln sein, damit die allvierjährlichen Lohnzulagesforderungen verschwinden. Die Verkürzung der Arbeitszeit bei den Gemeindearbeitern sei ein Gebot der Notwendigkeit, da diese eine viel zu lange Arbeit hätten. Redner bespricht die soziale Fürsorge der Stadtgemeinden Paris, London, Kopenhagen, Luzern u. c. gegenüber den Gemeindearbeitern, die teilweise eine 8-stündige Arbeitszeit hätten, oder wie in Paris, einen Ruhtag in der Woche. In Luzern hätten sie im Sommer den 10-stündigen, im Winter den 9½-stündigen Arbeitstag und einen täglichen Mindestlohn von vier Franken. Auch bei uns müßte die Durchsetzung des Achtstundentages nach und nach möglich sein. Ebenso müßte dahin gerichtet werden, daß die Gemeindearbeiter einen Sommersausab, natürlich unter Fortzahlung des Lohnes, bekommen. Die Sicherstellung des Koalitionsrechtes der Gemeindearbeiter müßte von unseren Vertretern als eine der vornehmsten Aufgaben betrachtet werden, schon um Maßregelungen zu verhindern. Bei Vergabe von Gemeindearbeiten an Privatunternehmer sei streng darauf zu achten, daß die zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern vereinbarten Löhne und die sonstigen Arbeitsbedingungen von diesen auch eingehalten würden. Um die Arbeitslöhne sicher zu stellen, hätten die Gemeinden von den Unternehmern die Stellung einer Kautional zu verlangen; auch dürfte in den Lieferungsverträgen die Streiklaufe nicht enthalten sein. In Zeiten der wirtschaftlichen Krisen und sonstigen Unglücksfällen, Wassersnot u. c. habe die Gemeinde die Verpflichtung, helfend einzutreten, Notstandshilfen vornehmen zu lassen u. c.; wie überhaupt die Gemeinden die Ausgabe hätten, den Unternehmern mit gutem Beispiel voranzugehen.

Die sich an das Referat anschließende Debatte gestaltete sich zu einer sehr lebhaften. Genosse Kürtz-Großschober bringt aus seiner Gemeinde einen Fall zur Sprache, wo bei der Gehalts erhöhung für die Lehrer von Seiten der Gegner lästig gebremst wurde, bei der Gehalts erhöhung für den Schuhmann sei diese von denselben Leuten damit begründet worden, daß die Schuhleute etwas vorzustellen hätten. Obwohl wir nicht gegen die Erhöhung der Gehälter für die Schuhleute sind, so zeige aber die Art, wie die Thätigkeit der Lehrer gegenüber der der Schuhleute eingeschäfft werde, auf welchem Niveau unsere Gegner stehen.

Müller-Markranstädt bringt die Anstellung der höheren Beamten zur Sprache. Es sei oft für unsere Vertreter schwer, für diese zu stimmen, da man sie nicht kenne. Bei der Anstellung solcher müßte in erster Linie darauf gesehen werden, daß sie ihr Amt nach jeder Richtung unparteiisch verwalten.

Müller-Großschober fragt an, wie sich unsere Gemeindevertreter bei Gehaltsforderungen über 10000 M. verhalten sollten.

Klemann-Leipzig antwortet dem Vorredner auf dessen Frage, daß dies nur von Fall zu Fall entschieden werden könne, erklärt im weiteren, wie es seiner Sicht kam, daß der Gehalt des jetzigen Oberbürgermeisters Tröndlin, den er als Bürgermeister bezeichnete, von 12000 auf 25000 M. gestiegen sei. Im weiteren betont der Redner, daß die Vergleichung der Gemeindearbeiter in Leipzig sehr viel zu wünschen übrig lasse. So hätten Anlagenarbeiter Wochenlöhne von 12 M. Ebenso müßten die Steinbrucharbeiter in

Grasdorf — der Steinbruch ist städtisches Eigentum — mit Wochenlöhnen von 13 M. für sie nehmbar. Der Stadtgemeinde Leipzig als Arbeitgeber bleibt bezüglich der sozialen Fürsorge ihrer Arbeiter noch sehr viel zu thun übrig.

In seinem Schlussswort bemerkte der Referent noch, daß er die Staffellöhne doch für die jetzt zweckmäßigste Einrichtung halte.

Durch einen Antrag Müller-Großschober wird den Beratenspersonen der Partei empfohlen, die Kommunale Bräts von Südburk auf Kosten der Partei für unsere Vertreter zu abonnieren. Nach kurzer Debatte wird derselbe einstimmig angenommen.

Als Protest gegen die Erhöhung der Getreidezölle gelangte noch folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die am 5. Januar 1902 im Albertparken zu Leipzig tagende Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter im 11., 12., 13. und 14. südlichen Reichstagwahlkreise erklärt:

Zur Durchführung ihrer notwendigen und nützlichen Kulturaufgaben sind die Gemeinden genötigt, an die Steuerkräfte ihrer Einwohner hohe Anforderungen zu stellen. Eine Politik, die die Steuerkraft der Bevölkerung einseitig zu Gunsten des Reiches und des Staates erschöpft, erschwert darum unmittelbar die Lebensbedingungen der Gemeinden.

Die Polizeipolitik der Reichsregierung, wie sie in der gegenwärtig im Reichstage zur Beratung stehenden Polizeiwohlfrage zum Ausdruck kommt, will durch Verteuerung der notwendigen Lebensmittel die Finanzkrise der Bevölkerung nicht nur zu Reichs-, d. h. vornehmlich zu Militärzwecken, sondern auch im Interesse einer bevorzugten Klasse noch stärker als bisher anspannen.

Indem diese Politik überdies die deutsche Exportindustrie schädigt, gefährdet sie auch in den vertriebenen hochindustriellen Reichstagwahlkreisen die Erwerbsgelegenheit und damit die Steuerkraft der Gemeindebewohner.

Die Verteuerung der Lebensmittel und die Verschlechterung der Arbeitsleidigkeit bedeutet aber für die Gemeinden nicht nur eine Verminderung ihrer Einnahmenquellen, sondern auch eine Vermehrung ihrer Ausgaben. Sowohl als direkte Konsumtentin von Lebensmitteln als auch als Arbeitgeberin wird die Gemeinde zu höheren Auswendungen genötigt, wenn sie die Lage ihrer Angestellten und ihrer Verpflegungsbefürchteten nicht verschlechtern will.

Die gegenwärtige Polizeipolitik der Reichsregierung ist darum vom Standpunkt des Gemeindeinteresses aus auf das allerentscheidende zu befürchten.

In seinem Schlussswort giebt Genosse Lehmann seiner Freude Ausdruck über den zahlreichen Besuch der Konferenz durch Gemeindevertreter und Gäste. Alle seien mit sichtlichem Interesse den Verhandlungen gefolgt. Es sahe das als einen Beweis dafür an, daß innerhalb unserer Partei die Überzeugung, den sozialistischen Gedanken auch in den Gemeindevertragen zu propagieren, im Zugewandt sei. Wenn durch die Verhandlungen diese Aussicht gesetzt worden sei und wenn weiter über diesen oder jenen Punkt etwa beständige Unklarheiten beseitigt worden seien, dann sei der Zweck der Konferenz erfüllt.

Der Krieg in Südafrika.

Vom Steinriegel.

Nach einem Telegramm der Blätter aus Pretoria wurde eine Abteilung Scots Guards, die sich auf dem Marsche von Springspruit nach Bronkhorstspruit befand, von Büren überfallen und vorlor 6 Tote und 12 Verwundete; noch zweitständigem Kampfe zog sich der Feind, der ebenfalls einige Verluste hatte, zurück.

Am 31. Dezember gelang es Bruce-Hamilton nach einem Nachtmarsch ein Bürenlager zu erobern. Die Büren hatten das Heraunehmen der englischen Streitmacht bemerkt und waren zum großen Teil nach der Grenze des Swazilandes gestochen, 22 wurden jedoch gefangen genommen. 14 Wagen und 500 Stück Vieh wurden erbeutet.

Eine Konstablerabteilung unter Major Veressford nahm

Jede Hausfrau verlangt „MOHRA“ einziger bester und billigster Ersatz für BUTTER.

Bücher kaufen und liefern Krüger & Co., Kurprinzstr. 12. Antiquar. Katal. Medizin, Jura, Theol., Philos., Päd., Zeitschriften gratis.

Monatsgarderobe.

J. Kindermann, Salzgässchen 9, I. am Markt u. Rathaus.

1000 elegante Winterpaletots, jede Größe und Weite. Exemplarstücke, die mehr als 50 bis 120 M. gekostet haben, werden von 15—50 M. verkauft. Große Auswahl eleganter Jacken u. Rockanzüge, Bekleidung zu solid. Preis. Auch werden eleg. Fracke u. Gesellschaftsanzüge verliehen.

Aufpolstern Sojas v. 6 M. an Matr. „3“ Rich. Arnolds Möbelhallen

Leipzig-Meuselwitz, Eisenbahnhof. Preis 60 Pfg.

Fenchel-Honig

Bestes Mittel bei Husten, Verkleinerung und Heiserkeit der Kinder in fl. a. 35, 60 u. 100 fl. Marien-Drogerie G. O. Heinrich

Plagwitz, Karl-Heine-Str. 75. Gr. Andw. präm. Kanarienvögel. Räthe 20 Pfg., Dab. 2-60 M. hoch. Sommervögel, 5 Pfd. 1,10 Mf., Gr. 19 Mf. alle Sorten pr. Vogelfutter, ital. Goldfische 10 Pfg. empi. Max Kraft, Poststr. 18.

Altes Gold Kaufz. höchst. Preisen. Urmader Becker. Stahl. Steinweg 32.

Quittungsmarken Rabattmarken Kaufstempel sowie alle Druckarbeiten in Buch- und Steindruck liefern souverän und preiswert Konrad Müller

Gebr. Müller-Schulz Leipzig. Industrielle Preislisten gratis!

Molkerei Spannau

Verkaufsstelle Markt Nr. 10

Ablieferung für Margarine, feinste Süßrahm-Margarine, a. Pfd. 70—100 Pfg. Auf 2 Pfd. Margarine 1 Liter Butterfrei gratis.

Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung

* * * G. Heinisch. * * *

Noch ein kleiner Vorrat:

Arbeiter-Notiz-Kalender 1902.

Preis 60 Pfg.

Alle Ausräger nehmen Bestellungen an.

Käufe und Verkäufe.

Nähmaschinen

von Pfaff, sowie Seldel & Naumann sind die besten Fabrikate.

Ringmaschinen mit besten starken Gummirädern.

Langer aller Zubehörteile.

Reparaturwerkstätten für Maschinen u. Fahräder a. Fabrikate.

Günstige Zahlungsbedingungen.

Unterricht in der Kunststickerei u. c.

Wilhelm Frenzel

1. Gesch.: L.-Neustadt, Eisenbahnstr. 31.

2. Gesch.: Leipzig, Zitzer Strasse 31.

Gebr. Singer-Nähmaschinen

von 15 M. an. Reparat. u. Erneuerung.

billig. Alleinverf. d. Original-Victoria.

Lehrküche in der modernen Kunststickerei.

II. Schub., Peterstraße 34, im Hof.

Hand- u. Geschäftsw. o. b. Kleine Kirche, 67

Industrielle Preislisten gratis!

Cigarrenfabrik empfiehlt ff. 4 ff. Cig. 100 St. 2.20 M., ff. 5 ff. 2.70 M., ff. 6 ff. 3.00 M. Sumat. St. Felix Brasil u. w. Antonstr. 18, Nähe Johanniskirch.

Dauerhafte Bettstellen mit guten Sprungfedern (beste Arbeit) 25 Mf. [516] Dresdenstr. 23, Seitengasse, I. G. Böhmel, Tapetier. (via-a-vis Pantheon).

Prima Wringmaschinen, auch Teile, u. Garantie. Leipzig, Hobe Str. 40, II.

Näh- und Wringmaschinen in allen Preisslagen unter Garantie, Gläser-Presser empf. Katharinenstr. 11.

4 Gebett-Betten sofort zu verkaufen, Berliner Str. 20, I. I.

Marzipan-Bruch

Gläser & Wirk [213] Fabrik: Eisenbahnstr. 19.

Stadtgebäude: Gläsermühle Steinweg 11.

Damenkleider, Blusen, Blöcke, Wäsche, jetzt neu, verf. bill. Frau Lory, Borsuk, 7. II., a. M.

M. gebr. Sofa, gebr. Jacob, Bett-, Mat., viele neu, spottbillig. Beizer Str. 38, II. I. Dö. u. Nutz., 2 Kiff., 16. A. Weststr. 82, IV. I.

Waschmaschine, neuestes Mod., zu verf. Kleinmutter, Blasewitz Str. 5, d. Peter.

Futterkartoffeln zu verkaufen Lindenau, Lindenstr. 12, im Laden.

Ein Zugbund billig zu verkaufen Lindenau, Marktstr. 3.

Junger Kanarienhahn billig zu verkaufen Josephinenstr. 10, IV.

Alt. Papier sowie Hadern, Eisen, Metalle u. c. kaufen u. holt auf Wunsch ab R. Röder, Bergerstr. 9. Telephon 7387

Vermischte Anzeigen.

Deckenmacher

fürchtig auf weiche und wattierte Gesangsbüchse, sofort gesucht. Dauernde

Stellung bei hoher Leistung. Meldungen mit Angabe bisheriger Thätigkeit nebst Lohnansprüchen sind zu richten an

Bergs Dampfbogbinderi.

Christiansia (Norwegen)

Sohne unseres einzigen lieben

Gesucht wird ein Anabe im Alter

v. 12—14 Jahren kleiner

Zigarett, der Lust hat, bei einer Akrobaten-

truppe in die Lehre zu treten. Nächstes

Mal bei Georg Bonhair, Bayerische

Straße 6, Wartengebäude III. r. nach-

mittags zwischen 3 und 5 Uhr. [172]

Sonnabend mitten im Oranjestaat den Feldkorvet Léroux, den Korporal Erasmus und 88 Büren gefangen. 30 Gewehre wurden erbeutet. Der Feldkorvet Prelorus und 10 Büren fielen.

Eine dementierte Verleumdung der Büren.

Vord. Michener telegraphiert: Die Meldung, daß zwei dem Nachrichtendienst zugehörige Offiziere in hinterlistiger Weise von den Büren in der Nähe von Warmbad erschossen worden seien, ist unbegründet.

Brhan für die Büren.

Der frühere demokratische Präsidentenkandidat Brhan hielt in Cleveland in einer Versammlung von Bürenfreunden eine Rede, in welcher er sagte, die hohen Kosten des Krieges extilten England eine Lehre, welche so bald nicht werde vergessen werden. Brhan feierte die tückigen Eigenschaften der Büren, denen er den dringenden Rat erzielte, den Kampf fortzuführen. Ferner äußerte Brhan, es sei eine Schande, daß seitens der Regierung der Vereinigten Staaten noch keine Sympathie und gebung für die Büren erfolgt sei.

Eine Ausstellung in Kapstadt?

Nach einer Meldung der Times aus Kapstadt soll im Jahre 1903 dort eine Ausstellung stattfinden, mit welcher hauptsächlich Förderung des Handels begreift wird. Die Organisation der Ausstellung erfolgt vom Winterlande aus, Mittel der Kolonie sollen nicht für sie in Anspruch genommen werden.

Die Vorgänge in China.